

Das Geld und die Französische Revolution: Geschichtsforschung versus Ideologie und «creative writing»

Einige Fragezeichen zur historischen Forschung, ausgehend von der Lektüre eines Buches von Rebecca Spang

Von Paul Huber

Das Erscheinungsdatum des Buches, das mich zu den Gedanken dieses Textes motivierte (oder man könnte eher sagen: provozierte), ist nicht aktuell:

Rebecca Spang: Stuff and money in the French Revolution, Harvard University Press, 2015

Im Times Literary Supplement hatte ich damals zwar eine Besprechung des Buches gelesen¹, aber diese zur Seite gelegt und das Buch danach vergessen, weil ich mich in jenem Moment mit anderen Themen beschäftigte. Erst als ich mich in jüngerer Zeit vertieft mit der Finanzgeschichte des Ancien Régime und der Französischen Revolution auseinandersetzte, tauchte der Titel wieder auf. Ich habe das Buch nun gelesen, und ich kann nicht umhin, meine Leseindrücke vertieft wiederzugeben.

Manchmal staune ich, was für dürftige Bücher im Fachbereich Geschichte heute veröffentlicht werden, von renommierten Verlagen wie im vorliegenden Fall der Harvard University Press, und mit was für wissenschaftlich fragwürdigen Forschungsbeiträgen man heute eine Professur innehaben kann (Rebecca Spang ist Professorin am History Department der Indiana University in Bloomington, Indiana). Dies ist eines von vielen vergleichbaren Büchern, die ich eher zur Sparte «creative writing» zählen würde als zur Sparte seriöser Forschung. Die Autorin assoziiert beliebig in der Gegend herum, vergleicht alles mit allem, um so Sinn zu generieren, macht viele gelehrte Bezüge, die meist im Beliebigen verbleiben, von ihrem eigentlichen Thema aber versteht sie reichlich wenig.

Eine ähnliche Art von Schreiben fällt mir auch in anderen Fachbereichen auf. Vor allem in den Geisteswissenschaften begegne ich dieser Art von akademischem «Feuilletonismus» immer wieder, etwa in der Philosophie oder in der Kunstgeschichte. Nur bin ich in diesen anderen Fächern zu wenig bewandert, um darüber eine fundierte Kritik schreiben zu können. Rebecca Spang aber schreibt ein Buch im Fach Geschichte, das mir vertraut ist, und über ein Thema, in dem ich mich zuhause fühle und wo ich einen recht guten Überblick über die Literatur und den Stand der Forschung habe², weshalb ich mir in diesem Falle ein begründetes sachkompetentes Urteil zutraue. Deshalb will ich mich anhand gerade ihres Buches – im Sinne eines exemplarischen Beispiels - einmal vertieft mit dieser Art von fragwürdigem akademischem Stil befassen, der mir wie ein allgemeiner Trend erscheint. Dabei ist es unabdingbar, auch einige längere Zitate aus dem Buch wiederzugeben, um die unscharfe und unklare, ja vielfach beliebige Art der Argumentation und des Denkens nachvollziehbar zu machen. Literaturwissenschaftlich gesprochen könnte man das Folgende als eine Art von «*close reading*» bezeichnen. Unabdingbar ist dabei auch, auf einige inhaltliche Aussagen Spangs zur Geld- und Währungsgeschichte vertieft einzugehen, um diese auf ihren Wahrheitsgehalt und ihre Wissenschaftlichkeit zu überprüfen, denn in dieser Hinsicht weist Spangs Buch erhebliche Defizite auf.

Belesenheit oder «name dropping»?

Die beliebigen Verweise und Zitate fangen schon in der Einleitung von Spangs Buch an, wobei viele der genannten Namen in keinerlei Zusammenhang mit dem Thema des Buches stehen. Vielmehr gewinnt man den Eindruck, dass es eher eine Art «*box ticking*» ist, ein Ankreuzen von Kästchen, um durch die Nennung der «richtigen» Namen die richtige Gesinnung zu markieren, und um durch die

¹ Rezension von Patrice Higonnet im Times Literary Supplement vom 12. Juni 2015, S. 27, unter dem Titel «Commerce and economic individualism in the French Revolution».

² Siehe meinen Aufsatz «Bankrott», erschienen in der Zeitschrift NZZ Geschichte, Nummer 43, Zürich, Dezember 2022, S. 24-39 (Titelseite: «Revolution – Stürzte 1789 ein Staatsbankrott Frankreichs Monarchie?»).

Vielfalt der Zitate und Verweise gleichzeitig den Eindruck von Gelehrsamkeit zu vermitteln. Die Reihe der Namen, die allein schon auf den 18 Seiten der Einleitung zitiert werden, ist lang: Keynes, Marx, Thukydides, die Enzyklopädisten Diderot und D'Alembert, David Hume, Adam Smith, Condorcet, Roland Barthes, Louis Althusser, John Locke, Judith Butler, das Autorenduo Michel Aglietta und André Orléans, der Baron d'Holbach, der Comte de Mirabeau, Max Weber, Andrew Dickson White, Marcel Marion (Autor einer Finanzgeschichte Frankreichs), Edmund Burke, Claire Crowston, Tom Kaiser, Michael Kwass, Michael Sonenscher, François Furet, Thomas Paine, der Comte d'Antraigues, Arthur Young, Charles Dickens, Ernest Labrousse, Daniel Mornet, Alexis de Toqueville, John Markoff - einige weitere mag ich vielleicht übersehen haben. Dies nur die Namen im eigentlichen Text der Einleitung, die zugehörigen Fussnoten bzw. Anmerkungen geben noch zusätzliche Namen her, unter vielen anderen taucht hier zum Beispiel auch derjenige von Slavoj Žižek auf – was erlaubt, ein weiteres Kästchen abzuhaken und einen weiteren Gesinnungs- und Belesenheits-Marker zu setzen, obwohl auch in diesem Fall der Zusammenhang mit dem Thema nicht einsichtig ist.

Der Umgang mit anderer Forschung

Das «*name dropping*» und die beliebigen Verweise und Zitate sind das eine. Stossend ist aber auch der Umgang mit den Forschungsarbeiten anderer. Spangs Urteile über dieselben sind oft fragwürdig oder gar schlicht falsch, wobei sie gerne generalisierende Urteile im Stil von eigentlichen Rundum-Schlägen abgibt. Zur Forschung über die Assignaten sagt Rebecca Spang zum Beispiel:

«Yet nearly all existing scholarship on the subject ignores questions of sovereignty and governance and instead treats the assignats as a test case for economic policy.» (S. 9).

Die Aussage ist falsch, die Literatur ist voll von Beschreibungen der politischen Voraussetzungen und Beweggründe für die Schaffung der Assignaten. Aber die Autorin schützt sich schlau, indem sie das Wort "*nearly*" einfügt. Solche Taschenspielertricks finden sich immer wieder, zur Relativierung der eigenen Aussagen wie auch der Aussagen anderer.

Ähnliche generalisierende, ungenaue und vielfach falsche «Beurteilungen» der Forschungsarbeiten anderer finden sich bei Spang zuhauf. Ein weiteres Beispiel:

«In the great bulk of work on the 'origins of the French Revolution', revolutionary events themselves seem never actually to happen. Focused as they are on eighteenth century innovations, these studies treat revolution more or less as an afterthought.» (S. 53).

Man fragt sich, auf welche Bücher über die Ursachen und Hintergründe der Französischen Revolution sich Rebecca Spang hier bezieht. Nimmt man zum Beispiel das Buch von William Doyle, «*Origins of the French Revolution*»³, zur Hand, so kann man nicht nur nachlesen, welche Entwicklungen der Revolution vorausgegangen waren und diese beeinflusst haben, sondern auch wie die Ereignisse des Jahres 1789 konkret abliefen. Wenn einzelne Forschungsarbeiten bestimmte Aspekte des Ancien Régime vertieft untersuchten, ohne dabei immer gerade auf die Revolution einzugehen, so haben doch gerade erst diese vertieften Untersuchungen besser verständlich gemacht, worin das Neue der Revolution bestand und wieso bzw. aus welchen Voraussetzungen es überhaupt zu der explosionsartigen Entladung der Revolution kam, aber auch welches die Kontinuitäten waren. (Auch im oben zitierten Passus gebraucht Spang übrigens ihren üblichen Trick, indem sie den unscharfen Begriff «*the great bulk*» einfügt, um ihren eigenen Angriff selbst nicht angreifbar zu machen.)

Noch ein Beispiel der oberflächlichen Kritik anderer Forschungsarbeiten:

«Historians have heretofore rarely noted the role played by the free-market illusion in radicalizing the Revolution.» (S. 205).

³ William Doyle: *Origins of the French Revolution*, Oxford University Press, 1980.

Auch diese Aussage ist unrichtig. Die Rolle, welche Ideen vom freien Markt und von Eigentumsrechten in der Revolution gespielt haben, wird von vielen Autoren sehr wohl beschrieben. Aber auch hier schützt sich die Autorin schlaue, indem sie das Wort "rarely" einfügt. Nebst der unbegründeten Behauptung bringt die Autorin hier zudem noch die abwertende Bezeichnung der «Illusion» an. Die Ideen vom freien Markt als «*free-market illusion*» zu bezeichnen, ist eine ideologische a priori-Position, die sie nirgends weiter begründet. Ein weiterer Gesinnungs-Marker halt.

Man fragt sich, ob die herablassende Beurteilung anderer Forschungsarbeiten etwas zu tun hat mit der heutigen Art des «*over-selling*» bzw. Selbst-Marketing, wo man stets lauthals jede kleine eigene Idee als grossartige neue Erkenntnis – als «*disruption*» – verkünden muss, um sich um jeden Preis von anderen abzusetzen und als hervorragend und einzigartig dazustehen. Eine Attitüde, die mit der Zeit ermüdet und die Dürftigkeit von Spangs eigenen «neuen» Erkenntnissen nicht wirklich übertüncht.

Feuilletonismus

Störend sind auch die vielen wichtiguerischen, aber in der Aussage hohlen und oft falschen Sätze, wie sie in dem Buch zahllos zu finden sind. Ein typisches Beispiel:

«Though both are central to any history of the Revolution, indebtedness and temporality have rarely been brought into the same narrative framework.» (S. 17)

Hat jemand schon mal irgendeinen Aufsatz oder ein Buch über das Thema Verschuldung gelesen, das nicht gleichzeitig von der zeitlichen Fälligkeit der Schuld (also einer Form von «*temporality*») redete? Oder meint die Autorin etwas ganz anderes? Aber was anderes meint sie denn? Klären tut sie dies nirgends. Ähnliche Äusserungen kommen immer wieder vor. Es ist, als unterläge sie einem Zwang, immer neue wohltönende, im Grunde aber leere Formulierungen zu machen – Feuilletonismus eben. Dass auch im obigen Zitat wieder ein impliziter Vorwurf gegen andere Forschungsarbeiten mitschwingt, die nur selten («*rarely*») das von Spang Gewünschte thematisiert haben sollen, gehört mit zum Bild.

Ein typisches Beispiel für Spangs freies Assoziieren, das nach der tiefsinnig scheinenden Formulierung sucht, aber einen klaren Gedanken oder eine klare Aussage vermissen lässt, ist auch der folgende Satz:

«Much as the *Morte d'Arthur* is a romance about the death of Arthur, a 'mort-gage' was a gage (that is, a pledged item) that was *mort* (or dead).» (S. 35).

Was ist der Gewinn dieser Gegenüberstellung? Was bringt es, den Titel der englischsprachigen spätmittelalterlichen Kompilation von altfranzösischen und mittlenglischen Erzählungen der Arthus-Sage, erstellt von Thomas Malory und erstmals publiziert im Jahr 1485, und ein Finanzinstrument des Ancien Régime miteinander in Beziehung zu setzen? Der Gewinn ist null, aber die Gegenüberstellung soll wohl einen weiteren Gelehrsamkeits-Marker platzieren. Es ist ein Beispiel (unter vielen) für die Neigung der Autorin, beliebig zu assoziieren und alles mit allem zu vergleichen, um Sinn und Tiefe zu simulieren. Spang verwechselt Wortspielereien mit Erkenntnis.

In den Zeilen unmittelbar vor obigem Zitat macht Spang zudem den Vorwurf an die Historiker, dass diese «oft» (man merke wieder die Relativierung, um den eigenen Angriff unangreifbar zu machen) den Begriff «*hypothèque*» falsch als englisch «*mortgage*» übersetzt hätten, was aber nach der französischen Rechtskultur jener Zeit diametrale Gegensätze seien (S. 35). Eine Behauptung, die ich beim besten Willen nicht nachvollziehen kann, und für welche sie selbst keinerlei weitere Erläuterungen oder Belege gibt.

Unvertrautheit mit dem Forschungsgegenstand

Wirklich stossend aber ist, dass auch viele sachliche Informationen zum Thema Geld und Währung – dem eigentlichen Thema von Spangs Buch – schlicht falsch sind. Ich staune, wie man ein Buch über "Money" schreiben kann, ohne von Wirtschaft, Geld oder Währung vertiefte Kenntnisse zu haben.

Ein erstes Beispiel: Rebecca Spang sagt, bei den Leibrenten des Ancien Régime habe es sich um "*short-term debt*" (!) gehandelt (S. 19-20). Eine Schuld, deren Laufzeit über die ganze Lebenszeit der Rentennehmer («*rentiers*»), die die Rente gezeichnet haben, dauert, soll eine kurzfristige Schuld sein? Hat Rebecca Spang die von ihr zitierten Bücher überhaupt gelesen? Denn einheitlich, und in Übereinstimmung mit den Fakten, behandeln diese die Leibrenten als «*long-term debt*»⁴. Ich staune, dass nicht einmal der Lektor eines wissenschaftlichen Universitäts-Verlages (das Buch ist erschienen bei Harvard University Press!) dies korrigiert, sondern das einfach durchwinkt. Noch störender sind die ungelösten Widersprüche in Spangs eigener Argumentation, wenn sie an anderer Stelle (S. 16) selbst davon spricht, dass gemäss einer Berechnung von 1790 die Zahlungsverpflichtungen des französischen Staates für seine Staatsschulden, bestehend mehrheitlich aus ewigen Renten und Leibrenten, bis mindestens im Jahr 1822 ein fester Bestandteil des Staatsbudgets bleiben würden. Ist dies eine Laufzeit für «*short-term debt*»?⁵

In Bezug auf die Leibrenten (frz. «*rentes viagres*») gibt Spang im übrigen eine Argumentation, die absurd anmutet:

«It was also widely asserted that *rentes viagres* by their very nature were contracts that could not be reimbursed; they were, after all, life-time investments. Returning the amount originally given would mean prematurely ending the life of the *rente* and, by implication, that of the investor (or whoever had been named as the 'head' in the contract).» (S. 72)

Anders als ewige Renten (frz. «*rentes perpétuelles*») waren Leibrenten tatsächlich nicht kündbar, aber das hat nichts damit zu tun, dass bei vorzeitiger Kündigung das Leben des Rentennehmers ebenfalls zu Ende gewesen wäre. Wie kommt Spang zu so einer absurden Idee? Solche Sätze gehören definitiv in die Rubrik «*creative writing course*»! Die vertragliche Leistung lief ganz einfach bis zum Tod des Rentennehmers, wie dies bei heutigen Renten der Fall ist.

Spang über das Geld der einfachen Leute

Ein anderes Beispiel mangelnder technischer Vertrautheit mit der Materie ist Spangs Behauptung zu den Produktionskosten von Kleingeldmünzen mit geringem Nominalwert. Diese wären verschwindend klein und somit unbrauchbar bzw. kaum herstellbar gewesen, sofern sie nur aus Edelmetall bestanden hätten. Spang schreibt:

⁴ Zum Beispiel die von Spang zitierten Autoren Philip T. Hoffman, Gilles Postel-Vinay, und Jean-Laurent Rosenthal: *Priceless Markets: The Political Economy of Credit in Paris, 1660–1870*. University of Chicago Press, 2000 (siehe die Tabelle auf S. 100). Das Buch ist auch auf Französisch erschienen unter dem Titel: *Des marchés sans prix: Une économie politique du crédit à Paris, 1660–1870*; ditions de l'EHESS. Paris, 2001 (dieselbe Tabelle dort auf S. 130).

⁵ Einen exzellenten Überblick über die verschiedenen Arten von kurz- und langfristige Schulden im Ancien Régime gibt zum Beispiel Eugene N. White in seinem Aufsatz «*Was There a Solution to the Ancien Regime's Financial Dilemma?*» (in: *The Journal of Economic History*, Sept. 1989, Vol. 49, No. 3, S. 545-568):

«When faced with a deficit, the Crown issued a variety of debt instruments. Long-term securities included the *rentes perptuelles* or *consols*, the *rentes viagres* or *life annuities*, loans hypothecated on the revenues of the *pays d'tats* and the city of Paris, the tax farmers' security bonds, and loans from the clergy. Most of the government's short-term debt took the form of tax anticipations - *assignments*, *billets de fermes*, or *rescriptions*. The government's debts also included the *dettes exigibles arrires* - a heterogeneous group of non-interest-bearing promissory notes.» (S. 546)

«[...] Made from various alloys, the lowest denomination coins routinely had face values that exceeded the market worth of the metals composing them. [...] Mixing the silver with another metal, such as copper, made it possible to generate larger coins with the same silver content, but it also required a far more elaborate and expensive production process. So whereas mint masters and the state made money on the minting of gold and silver coins, they lost it on small change, which was therefore only produced under pressure and as a sort of 'public service' or welfare measure.» (S. 145f.)

Wahr ist, dass Münzen von geringem Nennwert schon seit je nicht aus reinem Silber hergestellt wurden, da eine solche Münze viel zu klein gewesen wäre. Sie wurden hergestellt in einer Legierung aus mehrheitlich nichtedlem Metall (v.a. Kupfer) mit Beifügung einer nur geringen Menge an Silber (sogenannte «*billon*»-Münzen), ja teils sogar aus reinem Kupfer oder aus Bronze. Dies war schon bei den Römern der Fall gewesen, ebenso im Mittelalter und auch im 18. Jahrhundert, um das es hier geht. Kleingeldmünzen waren seit je sogenannte Scheidemünzen, d.h. Münzen, deren Metallwert weit geringer ist als ihr Münzwert.

Falsch ist jedoch Spangs Behauptung, dass der Prozess zur Herstellung von Kleingeldmünzen aus nichtedlem Metall viel aufwändiger und teurer gewesen sei als der Herstellungsprozess von Edelmetall-Münzen. Der – weitgehend manuelle - Herstellungsprozess war grosso modo für alle Münzen identisch, nur machten die Herstellungskosten pro Geldstück bei einer niederwertigen Münze logischerweise einen viel grösseren Anteil ihres Münzwertes aus als bei einer hochwertigen Edelmetall-Münze. Gerade deshalb, weil die Obrigkeit die Produktionskosten der Münzen nicht übernehmen wollte, lag der intrinsische Wert (der Anteil des Metallwerts) bei Kleingeldmünzen unter ihrem Münzwert, anders als bei den Edelmetallmünzen.

Nicht zutreffend ist somit auch Spangs Behauptung, abgeleitet aus ihrer Annahme zu den Herstellungskosten, dass «die Münzmeister und der Staat» (Spang setzt deren Interessen gleich, was aber nicht der Fall war) die Kleingeld-Münzen nur unter Druck und als eine Art von öffentlicher Dienstleistung produzierten - wobei Spang insinuiert, dass der Staat zulasten der einfachen Bevölkerung diese Kosten gescheut und das Volk ungenügend mit Kleingeld versorgt habe.

Die Forschung kennt in der Geschichte des Geldes nur wenige Fälle, wo die Obrigkeit die Herausgabe von Münzen subventioniert hat. Vielmehr leiteten die Fürsten aus dem Münzregal - der von ihnen beanspruchten Hoheit über die Herausgabe von Münzen - das Anrecht auf einen ihnen zustehenden Prägegewinn ab, auch bei der Prägung von Kleingeld-Münzen aus nicht-edlen Metallen. Der Prägegewinn oder Geldschöpfungsgewinn (die sogenannte *Seigneurie*, deutsch auch *Seigniorage*, von frz. «*Seigneur*» = Landesfürst) ergibt sich aus dem Wert der fertigen Münzen minus die Kosten für Metall und Herstellung. Der Prägegewinn ist im Grunde eine versteckte Steuer.

Aus dem Buch von Thomas Sargent und François Velde, «*The Big Problem of Small Change*»⁶, das den Zeitraum vom Mittelalter bis zum 19. Jahrhundert abdeckt, wird ersichtlich, dass von einer Subventionierung der Herstellung von Kleingeldmünzen keine Rede sein kann. Spang bezieht sich auf das Buch (S. 146), aber man muss vermuten, dass sie dessen Inhalt nicht wirklich verstanden hat oder dass sie an den technischen Aspekten des Themas «Geld» nicht wirklich interessiert war. So schreiben die Autoren zum Beispiel in Bezug auf ein Ereignis in Frankreich im Jahr 1461: «*This was a rare instance of a medieval government subsidizing the production of small coins, but only out of the profits made on other coins.*»⁷. Der Herrscher machte den Münzmeistern Vorgaben zum erwarteten Volumen der *Seigneurie*. Da dieses durch die Produktion von Münzen mit hohem Wert rascher zu erreichen war, zogen die Münzmeister deren Herstellung vor. Deshalb machte ihnen der Landesherr vielfach Vorgaben über das Volumen an unterschiedlichen Denominationen, die sie prägen mussten.

⁶ Thomas J. Sargent und François Velde: *The Big Problem of Small Change*, Princeton University Press, 2002. Thomas Sargent ist übrigens Nobelpreisträger in Ökonomie (2011).

⁷ ebenda S. 52 und passim

In Ausnahmefällen konnte es deshalb sein, dass die Münzmeister mit der Seigneuriage aus hochwertigen Münzen die Prägung von kleinwertigen Münzen subventionierten. Der Landesherr selbst aber subventionierte die Münzprägung im Ganzen gesehen nicht, weder im Mittelalter noch in den folgenden Jahrhunderten.

Im Mittelalter und in der frühen Neuzeit hatte der Prägegewinn in manchen Ländern, insbesondere auch in Frankreich, noch einen bedeutenden Teil der Mittel für die staatlichen Ausgaben geliefert. Vor allem in Zeiten von Kriegen wurde zu deren Finanzierung der Prägegewinn erhöht, indem das Gewicht und /oder der Edelmetallgehalt der Münzen verringert wurde (wobei die Münzen aber denselben nominalen Wert behielten), während gleichzeitig die Zahl der ausgegebenen Münzen vergrössert wurde. Beides – der geringere intrinsische Wert der Münzen und die Überproduktion von Münzen – führte zu einer Anpassung der Preise, kurz: zur Inflation.

Diese von fiskalischen Interessen geleitete Münzverschlechterung betraf insbesondere auch die Kleingeldmünzen, d.h. die Billon-Münzen und Kupfermünzen. Die Währungshistorikerin Angela Redish gibt in ihrem Buch «Bimetallism» zwei sprechende Beispiele aus dem Frankreich des 17. Jahrhunderts, im ersten Fall das Beispiel einer Umprägung:

«[. . .] in 1654-56, in the aftermath of the civil war known as the Fronde, there was a massive copper recoinage. The stated rationale was to provide low-denomination coins and to drive out foreign copper coins; however, the fiscal advantages were doubtless also significant.»⁸

Prägegewinn, nicht Subventionierung war hier das Ziel. Dasselbe galt auch bei der Produktion von Kleingeldmünzen aus “billon”, deren 1603 unterbrochene Herstellung 1674 zur Finanzierung der Kriege von Louis XIV wieder aufgenommen wurde:

«No billon coins were minted between 1603 and 1674, when the need to “find a healthy aid to the affairs of the State, and to contribute to the pressing expenses of the war” (ordinance cited in Mayhew [. . .]) led to the issue of 2 and 4 sols pieces 10 denier fine in Paris and Lyon. The coins were not only low in fineness but also overvalued by 33% (a mint equivalent of 36lt, compared to 27lt for the silver louis). Over-valuation meant profits for the king but equally made counterfeiting profitable, and the coins were immediately counterfeited.»⁹

Prägegewinn, nicht Subventionierung war auch hier das Ziel. Wobei hier ein weiteres Problem auftaucht, das sich bei Kleingeldmünzen von geringem intrinsischem Wert laufend stellte, nämlich das Problem der Fälschungen. Wäre eine Prägung nur mit Verlust möglich gewesen, so liesse sich nicht erklären, wieso das Dauer-Problem der Fälschungen überhaupt bestand. Wer fälscht schon eine Münze, deren Herstellung mehr kostet, als man mit der Münze kaufen kann?

Auch Sargent und Velde beschreiben in ihrem Buch verschiedene Perioden der inflationären Währungsverschlechterung, die stets angetrieben waren vom Bedürfnis, die Produktion von Kleingeldmünzen zu fiskalischen Zwecken zu nutzen. So entschied etwa König Philipp II von Spanien im Jahr 1596, dass anstatt der bisherigen Billon-Münzen reine Kupfermünzen (mit demselben Nominalwert) geprägt werden sollten, wodurch er den Kostenanteil des Silbers, das bisher einen Drittel der Herstellungskosten ausgemacht hatte, einsparen bzw. als Prägegewinn einbehalten wollte (von wegen Subventionierung!):

«Until then, copper, silver, and minting costs each formed a third of the face value of billon coinage. With Philip II’s decree, the silver was withheld and the copper content reduced.»¹⁰

⁸ Angela Redish: *Bimetallism: An Economic and Historical Analysis*; Cambridge University Press, 2000. S. 133.

⁹ Angela Redish, *op.cit.*, S. 131. Auf die technische Erläuterung des «*mint equivalent*» von 36 versus 27 Livres tournois wollen wir hier nicht eingehen, dazu ebenso wie für die anderen technischen Details sei der Leser auf die – äusserst lohnende – Lektüre des Buches von Angela Redish selbst verwiesen.

¹⁰ Sargent/Velde, *op.cit.*, S. 232

Philipp II und seine Berater waren sich bewusst, dass damit eine Inflationsgefahr verbunden war, und sie wollten diese durch die Limitierung der Zahl neu ausgegebener Münzen und die Rücknahme der früheren Billon-Münzen unterbinden¹¹. Seine Nachfolger Philipp III (1598–1621) und Philipp IV (1621–65) liessen diese Beschränkung jedoch fallen, und aus fiskalischen Gründen, d.h. zur Vergrößerung der Mittel für Staatsausgaben, setzte eine Überproduktion von Kupfermünzen ein, die zu starker Inflation führte¹².

Die Inflationsgefahr und die angemessene Versorgung der Bevölkerung mit Kleingeld waren Teil dessen, was Sargent/Velde in ihrem Buch als «das grosse Problem des Kleingelds» beschreiben¹³. Die Tatsache, dass der intrinsische Wert der Kleingeldmünzen unter ihrem Münzwert lag, sowie die Tendenz zur Überproduktion solcher Münzen führten immer wieder zu einer schleichenden inflationären Anpassung der Preise – ausgedrückt in Kleingeldmünzen – nach oben, während die Preise in Gold- oder Silbermünzen mit hohem intrinsischem Wert («*full-bodied coins*») stabiler blieben. Die Kleingeldmünzen verloren damit gegenüber den Edelmetallmünzen schleichend an Wert, und man brauchte entsprechend immer mehr Kleingeld-Münzen, um eine Edelmetall-Münze zu kaufen. Die Münzverschlechterung betraf vor allem die Münzen von geringem Wert, während der Edelmetallgehalt der Silber- und vor allem der Goldmünzen eher stabil gehalten wurde, wohl nicht zuletzt, weil solche «harte Währung» im internationalen Handel unabdingbar war und weil vermutlich auch die Herrscher ein Mittel zur sicheren Wertaufbewahrung ihres eigenen Vermögens schätzten.

Durch den gleitenden Wertverlust der Kleingeldmünzen näherte sich ihr Wert immer mehr ihrem intrinsischen Metallwert an, und es kommt der Zeitpunkt, wo der Metallwert der Kleingeldmünzen ihren Nominalwert übersteigt, so dass es lohnend wird, die Münzen einzuschmelzen und das Metall zu verkaufen. So entstand die paradoxe Situation, dass bei steigendem Bedarf nach Kleingeld-Münzen, bewirkt durch die Inflation, diese immer rarer werden. Im Laufe der Jahrhunderte hat die Obrigkeit auf diese Situation immer wieder so reagiert, dass der Metallgehalt der Münzen weiter gesenkt wurde, um es für die Menschen wieder interessant zu machen, Metall zur Münzstätte zu bringen, um daraus Münzen prägen zu lassen, anstatt umgekehrt Münzen einzuschmelzen, um das Metall zu gewinnen. Jede Minderung des intrinsischen Werts (Metallwerts) der Münzen führte aber tendenziell zu einem neuem Zyklus des Wertverlustes der Münzen.

In der Zeit bis zum 18. Jahrhundert hatte der Staat andere Wege der Besteuerung entwickelt, die Seigneurie trat an Bedeutung zurück (ihr Anteil am Nominalwert der Münzen war nun oft sehr klein), und es hatte sich die Erkenntnis durchgesetzt, dass die Münzverschlechterung der Wirtschaft und damit auch dem Staat schade. Wie in anderen Ländern strebte man deshalb auch in Frankreich danach, den Edelmetallgehalt der Silber- und Goldmünzen stabil zu halten, und bei den Kleingeldmünzen war man sowohl darauf bedacht, ihren intrinsischen Wert aufrecht zu erhalten, als auch die Anzahl der zirkulierenden Münzen zu kontrollieren, aufgrund der Inflationsgefahr.

Wie Sargent und Velde in ihrem Werk ausführen (und wie schon Cipolla bemerkte¹⁴), fand man erst im 19. Jahrhundert zu der «Standard-Formel» für die Bereitstellung von Kleingeld mit geringem intrinsischem Wert ohne die früheren Probleme der Verknappung der Kleingeld-Münzen: a) Der

¹¹ ebenda

¹² ebenda, S. 230ff., Kapitel «Inflation in Spain».

¹³ Der Titel des Buches geht zurück auf eine Formulierung des grossen Wirtschaftshistorikers Carlo Cipolla. Nach diesem waren die mit der Bereitstellung von Kleingeldmünzen verbundenen Probleme im späten Mittelalter und in der frühen Neuzeit während Jahrhunderten komplex, er bezeichnete sie deshalb als «the big problem of the petty coins» oder «the big problem of small change» (siehe in: Carlo Cipolla: *Money, Prices, and Civilization in the Mediterranean World, Fifth to Seventeenth Century*; Princeton University Press, 1956. Reprint: New York: Gordian Press, 1967, S. 27ff.). Sargent/Velde ergänzen Cipollas Erkenntnisse mit zusätzlichen Beispielen und überführen sie in ein systematisches ökonomisches Modell.

¹⁴ Cipolla 1956, op.cit., S. 27

Staat gibt selbst Kleingeld-Münzen heraus, wobei deren intrinsischer Wert kleiner ist als ihr Geldwert; b) die Quantität der zirkulierenden Münzen muss begrenzt werden (wegen der Inflationsgefahr); c) die Umtauschbarkeit (Konvertibilität) dieser Kleingeld-Münzen in eine stabile Anker-Währung aus Edelmetall wird garantiert (womit das Vertrauen in die Kleingeld-Münze unabhängig wird von ihrem geringen intrinsischen Wert). Gerade der letzte Punkt der Standard-Formel wurde erst im 19. Jahrhundert als wichtig erkannt und durchgesetzt.

Der Mangel an Kleingeld-Münzen nahm im 18. Jahrhundert nicht mehr dieselben Ausmasse an wie in früheren Jahrhunderten. Zwar wurden in Frankreich im 18. Jahrhundert anteilmässig weniger reine Kupfermünzen geprägt als in Ländern wie zum Beispiel Grossbritannien, Kleingeldmünzen waren in Frankreich weiterhin eher Billon-Münzen (Kupfermünzen mit geringer Silber-Beimischung). Man muss darin aber nicht zwingend eine Missachtung der Geld-Bedürfnisse der kleinen Leute sehen. Vielmehr könnte man dies auch als Zurückhaltung bzw. Vorsicht interpretieren, da man als Kleingeld nicht Münzen herausgeben wollte, deren intrinsischer Wert weit unter ihrem Münzwert lag, und die deshalb vielleicht von Vertrauensverlust und damit Wertverlust gefährdet gewesen wären. Frankreich hatte in der Vergangenheit schlechte Erfahrungen gemacht mit Experimenten von «*fiat money*» (d.h. von Geld, das keinen intrinsischen Wert besass, sondern nur durch die Bonität des Staates gedeckt war - wir werden später auf das Papiergeld von John Law zurückkommen), und in der Bevölkerung bestand ein tiefes Misstrauen gegenüber jeder Form von «wertlosem» Geld. Mit der Bonität des Staates lag es, anders als in Grossbritannien, im Argen, und das Finanz- und Währungssystem Frankreichs war bei weitem nicht so weit entwickelt wie jenes des Konkurrenten jenseits des Ärmelkanals, wie sich auch im Staatsbankrott von 1788 zeigen sollte (davon später)¹⁵.

Nun gab es aber in der Revolution tatsächlich einen Mangel an Kleingeldmünzen. Entgegen Spangs Insinuation, dass die Eliten die Sorgen der Bevölkerung über diesen Mangel vernachlässigten, nahmen die Parlamentarier diese Sorgen durchaus ernst. So wurde unter anderem beschlossen, Kirchenglocken einzuschmelzen, um Metall für die Münzprägung zu gewinnen. Denn woher hätte man das nötige Kupfer nehmen sollen? Der Mangel an Kleingeldmünzen bestand jedoch weiter, und um diesem abzuhelpen wurden ab Januar 1792 Assignaten von stets kleinerer Denomination gedruckt. Diese aber litten unter demselben Wertzerfall wie alle Assignaten – ein Wertzerfall, auf den wir noch zurückkommen werden und der weit über das Problem des Kleingeldes hinausgeht.

Im Übrigen behalf sich die Bevölkerung bei Mangel an Kleingeld oft mit Ersatzmünzen oder mit anderen Mitteln (lokale Aufschreibe- oder Kreditgeld-Systeme, wo man Schulden und Verbindlichkeiten aufschrieb und miteinander verrechnete, ohne Bargeld auszutauschen, usw. usf.). Spang nennt zwar solche Beispiele, aber immer mit der impliziten Kritik eines Versagens der Obrigkeit, die dem Volk sozusagen keine gute Währung gönne, nicht aber mit Bewunderung für die Findigkeit des einfachen Volkes, als dessen Advokatin sich Spang doch sonst gibt. Man könnte gegen Spang auch einwenden, dass die Eliten keineswegs Interesse hatten, das einfache Volk aus der Geldwirtschaft auszuschliessen, vielmehr hätte die Erstreckung der Geldwirtschaft auf diese Schichten den Eliten wohl eher zugesagt, ging doch damit auch deren Einbezug in den Austausch über anonyme Märkte anstatt über Nachbarschaftsnetze einher.

Spangs Kritik an der Idee des «commodity money»

Ein durchgängiger Zug in den Ausführungen von Rebecca Spang ist ihre Kritik an der Auffassung vom intrinsischen Wert der Münzen aus Silber und Gold – eine Kritik an der Idee des «*commodity money*». So wird Geld bezeichnet, das aus einem Material besteht, das selbst einen Wert (Gebrauchs- oder Symbolwert) hat (den intrinsischen Wert eben)¹⁶.

¹⁵ Siehe dazu auch den bereits erwähnten Aufsatz: Paul Huber, op.cit.

¹⁶ Der Begriff «commodity money» wird im Deutschen meist als «Warengeld» übersetzt. Vielfältig sind die Materialien und Objekte, aber auch Lebewesen (Menschen und Tiere), die in der Geschichte als Warengeld

Spang hätte gut daran getan, einmal die Ausführungen von Marc Bloch, einem der Begründer der «Annales»-Schule der Geschichtswissenschaft, in seiner «*Esquisse d'une histoire monétaire de l'Europe*» zu lesen. Seine ausgezeichnete Darstellung der Währungsgeschichte Europas seit Karl dem Grossen wurde von seinen Freunden 1954 posthum aus seinen Vorlesungsnotizen editiert (Bloch wurde 1942 von der Vichy-Regierung, da Jude, als Professor entlassen, ging in die Résistance und wurde 1944 von den Nazis ermordet, als Widerstandskämpfer und als Jude).

Am Ende der Einleitung seiner Skizze einer europäischen Währungsgeschichte schreibt Bloch:

«Dernier rappel: la valeur intrinsèque d'une monnaie est la teneur de cette monnaie en métal précieux. Par contre, la valeur d'échange ou pouvoir d'achat de cette monnaie est une notion d'ordre uniquement social et économique. Elle augmente quand on peut acheter plus de marchandises pour une même valeur intrinsèque; elle diminue dans le cas inverse; autrement dit, elle augmente quand les prix baissent et diminue quand ceux-ci s'élèvent. Son étude appartient à celle des prix.»¹⁷

«Zur Rekapitulation: Der intrinsische Wert einer Münze ist der Gehalt an Edelmetall dieser Münze. Der Tauschwert oder die Kaufkraft einer Münze ist dagegen ein Begriff von rein sozialer und wirtschaftlicher Natur. Er steigt, wenn man für den gleichen intrinsischen Wert mehr Waren kaufen kann, und er sinkt im umgekehrten Fall; mit anderen Worten: er steigt, wenn die Preise sinken, und er sinkt, wenn sie steigen. Seine Analyse gehört zu jener der Preise.»

Klarer und einfacher kann man es kaum sagen.

Spang hätte ebenfalls gut daran getan, einmal die konzise Darstellung der komplexen Probleme des «commodity money» und der Geldversorgung in einem Währungssystem, das auf mehreren Metallen basiert, zu lesen, welche Angela Redish im Kapitel «The mechanics of commodity money» ihres bereits erwähnten Buches «Bimetallism»¹⁸ gibt.

Der Wert des Geldes wurde im Ancien Régime durch viele dynamische, interdependente Parameter bestimmt: durch das jeweilige Über- oder Unterangebot an Waren (abhängig z.B. von der Grösse der Ernte eines Jahres, von Import- und Exportströmen, u.a.), durch die gesetzlich festgelegten Werte der Münzen bzw. Metalle untereinander, sowie durch die – mit den gesetzlich festgelegten Werten oft kollidierende - Entwicklung der relativen Preise von Gold, Silber und Kupfer untereinander. Letztere waren vor allem abhängig von Angebot und Nachfrage jedes einzelnen dieser Metalle, einschliesslich Angebot und Nachfrage seitens des Auslands, sei es im inner-europäischen Handel oder im Handel mit der Levante und dem Orient. Vor allem im letztgenannten Handel kamen auch noch im 18. Jahrhundert einzig Edelmetalle als Zahlungsmittel in Frage.

Edelmetalle sind eine Handelsware, die selbst einen Wert hat, und sie kamen insbesondere im internationalen Handel – auch im inner-europäischen Handel – als einheitliches Tauschmittel zum Einsatz, als Münzen oder ungeprägt als Barren oder in anderer Rohform, gemessen nach Gewicht und Reinheit. Gold und Silber sind als Material homogen, sie sind als Elemente (aufgeführt im Periodensystem) nicht beliebig herstellbar (trotz aller Versuche der Alchemisten!), und ihre relative Seltenheit macht sie wertvoll (sie haben einen hohen Wert bei geringem Volumen). Und dank ihrer Homogenität eignen sie sich auch ungeprägt als allgemeingültiges einheitliches Tauschmittel. Dass Edelmetalle auch als Ware gehandelt wurden, steht in keinem Widerspruch zu ihrer Rolle als Träger des intrinsischen Wertes von Edelmetall-Münzen, sondern ist im Gegenteil gerade dessen Basis.

(und damit als Wertmass und Recheneinheit) eingesetzt wurden. Die Beispiele von Lebewesen umfassen Kühe, Schafe, Pferde, aber auch Sklavinnen und Sklaven. Die Beispiele von Materialien reichen von den babylonischen Getreidemaßen bis zu Gold und Silber, von Pfefferkörnern bis zu Kaurimuscheln, usw. usf.

¹⁷ Marc Bloch: *Esquisse d'une histoire monétaire de l'Europe*, Cahiers des Annales, No. 9, Paris, 1954. S. 9.

¹⁸ Angela Redish, op.cit. Das Kapitel «The mechanics of commodity money» findet sich auf S. 13-40.

Spang dagegen besteht darauf, die Auffassung vom intrinsischen Wert von Edelmetall-Münzen zu kritisieren als eine «*cultural fantasy*» (S. 238) - eine Beurteilung, die nicht nachvollziehbar ist. Während tausenden von Jahren wurde Gold als werthaltig betrachtet. Will Spang uns sagen, dass die Menschheit seit tausenden Jahren einer «*cultural fantasy*» aufgesessen ist und sich geirrt hat, dem Gold einen eigenen Wert zuzumessen? Müssen wir die Geschichte umschreiben? Hatten die Azteken einfach das Pech, dass sie Spang noch nicht gelesen hatten? Man kann sich fragen, ob Spang in einem anderen Universum lebt. Wir werden auf ihre «*cultural fantasy*» noch zurückkommen.

Der Handel von Edelmetallen auf den Märkten setzte den Autoritäten durch die Jahrhunderte grundsätzlich Grenzen in der Manipulation der von ihnen geprägten Währungen. Im Aussenhandel, aber auch im Binnenhandel, blieb der Bezug zum Wert der Edelmetalle immer ein Mittel für die Markt-Akteure, die Preise ihrer Waren und den Wert der von ihnen verwendeten Münzen mit dem Bezug auf einen «echten» Anker-Wert zu berechnen, um sich so vor Verlusten beim Währungstausch sowie vor Verlusten durch die Inflation zu schützen.

Genau dies tat auch die französische Bevölkerung, als der Staat in der Revolution seine Geldbedürfnisse durch die Ausgabe der Assignaten zu decken suchte und diese Assignaten-Währung einer massiven Inflation erlag.

Und damit kommen wir zu einem zentralen Thema von Spangs Buch, den Assignaten. Spangs Kritik der Idee vom intrinsischen Wert von Gold- und Silbermünzen als «*cultural fantasy*» ist eng verbunden mit ihrer Beschreibung der Geschichte der Assignaten, ja bildet recht eigentlich deren Basis. Denn aus der Behauptung, der Wert der Edelmetallmünzen entspreche keinem intrinsischen Wert, leitet sie implizit ab, dass auch der Wert der Assignaten, dem in der Revolution geschaffenen Papiergeld, keinem inneren Wert zu entsprechen brauchte (und dass der Wertverlust der Assignaten deshalb nicht wirtschaftlich begründet sei). Nicht etwa, dass Spang diesen Zusammenhang klar aufzeigen würde; leider ist eine derartige analytische und argumentative Klarheit bei ihr nicht zu finden, sie deutet lieber indirekt an, als dass sie Zusammenhänge analytisch schlüssig aufzeigt, aber letztlich ist genau dies die Idee, die sie ausdrückt.

Die Assignaten und ihr Wertzerfall

Rekapitulieren wir hier die Geschichte der Assignaten, um Spangs Sicht auf diese dann besser einordnen zu können.

Schon vor dem Ausbruch der Revolution war der französische Staat zahlungsunfähig geworden, und die Revolution bewirkte zuerst einen Zusammenbruch der Steuererträge. Angesichts der leeren Kassen suchten die Revolutionäre mit der Schaffung des Papiergelds der Assignaten die Zahlungsfähigkeit des Staates zu gewährleisten. Die Idee bei der Schaffung der Assignaten war, dass dieses Papiergeld durch den Wert der in der Revolution konfiszierten Güter der katholischen Kirche (die «*biens nationaux*», «Nationalgüter») gedeckt sei, und dass das Papiergeld von den Bürgern genutzt werden könne zum Erwerb eben dieser Güter, wobei die Scheine nach dieser ihrer «Rückkehr» zum Staat wieder vernichtet werden sollten. Aber weder reichten die ersten ausgegebenen Assignaten zur Finanzierung der Geldbedürfnisse des Staates aus, noch wurden alle Assignaten nach ihrer «Rückkehr» zum Staat wieder vernichtet. Das Ausbleiben der Steuererträge, kombiniert mit den massiven Kosten der bald einsetzenden Verteidigungskriege der Revolution gegen die konservativen Mächte Europas, machten die Produktion stets neuer Assignaten nötig, um den Staat am Leben erhalten zu können.

Der Wert der konfiszierten Kirchengüter war 1789 auf rund 2 bis 3 Milliarden Livres tournois geschätzt worden, bis August 1795 waren aber bereits Assignaten im Wert von 11 Milliarden Livres

ausgegeben worden, und bis Februar 1796 stieg ihr Volumen auf rund 45 Milliarden Livres¹⁹. Kurz gesagt: Die Assignaten waren bei weitem nicht mehr gedeckt durch den Wert der Kirchengüter, die ursprünglich als Deckung vorgesehen waren. Es erstaunt deshalb nicht, dass die Assignaten am Höhepunkt ihres Wertzerfalls nur noch zu einem Bruchteil ihres Nennwerts zur Zahlung akzeptiert wurden: Im Januar 1794 waren sie noch zu knapp über 50% ihres Nennwertes gehandelt worden, um dann vor allem im Laufe des Jahres 1795 mit zunehmendem Tempo vollständig an Wert zu verlieren, bis zum Tief von 0,5% im Februar 1796²⁰.

Die Assignaten stellten im Grunde eine Art Schuldscheine des Staates dar, die gleichzeitig als Geld funktionieren sollten. Der Wert der als Deckung dienenden Nationalgüter reichte aber bei weitem nicht mehr zu ihrer Deckung aus (trotz der späteren Vergrößerung der Nationalgüter durch die verstaatlichten Güter der geflohenen Adligen und anderer Revolutionsfeinde). Kein Wunder, dass das Vertrauen in die Assignaten einbrach und dass die Bevölkerung diese nur noch mit einem Abschlag gegenüber ihrem Nennwert als Zahlungsmittel akzeptieren wollte.

Als Schuldscheine waren die Assignaten mangels Deckung nicht mehr vertrauenswürdig. Waren sie es als Währung, also in ihrer zweiten Funktion, in die sie mit der Zeit immer mehr hineinrutschten? Letztlich ist das Vertrauen in jede Staatsschuld abhängig vom Vertrauen in die Fähigkeit des Staates, seine Verbindlichkeiten zu bedienen. Und ebenso ist auch das Vertrauen in eine von einem Staat ausgegebene Währung abhängig vom Vertrauen in die Bonität des Staates, denn letztlich stellt – buchhalterisch betrachtet – auch eine Währung eine Verbindlichkeit des Staates dar (heutzutage als Verbindlichkeit aufgeführt in der Buchhaltung der Notenbank).

Die Bonität des Staates war schon vor Ausbruch der Revolution lädiert gewesen, hatte doch das französische Königreich 1788 seine Zahlungen einstellen müssen. Um neue Steuern bewilligen zu lassen, die zur Sanierung der Staatsfinanzen notwendig waren, hatte der König damals die Generalstände einberufen müssen, die im Jahr 1789 zusammentraten und sich alsbald zur alleinigen Repräsentantin des Volkes – zur Nationalversammlung – konstituierten und den König zunehmend entmachteten. Mit der Revolution verschärfte sich die Zahlungskrise des Staates noch weiter, da die Steuereinnahmen wegbrachen. Die Option zur Erhebung von Steuern ist jedoch eine wesentliche Voraussetzung für die Bonität eines Staates.

Nicht nur waren die Assignaten nur zu einem Bruchteil mit Sicherheiten gedeckt, auch die Fähigkeit des französischen Staates zur Erhebung von Steuern war nicht mehr garantiert, nachdem infolge des Zusammenbruchs der alten Steuerorganisation in der Revolution die Steuererträge massiv eingebrochen waren und eine neue Steueradministration noch nicht aufgebaut worden war. Es ist deshalb gut nachvollziehbar, dass bei der Bevölkerung das Vertrauen in beide möglichen Stützen der Bonität der Assignaten (Nationalgüter und Steueraufkommen) einbrach, und dass man die Assignaten deshalb nicht mehr zu ihrem Nennwert an Zahlung nehmen wollte.

Eine Möglichkeit war für die Bevölkerung, einen Unterschied zu machen zwischen Preisen für die Zahlung in Gold- und Silbermünzen (mit intrinsischem Wert) und den (höheren) Preisen für die Zahlung in Assignaten. So ein Verhalten aber hiess, dass man die Assignaten nicht zu ihrem Nennwert akzeptierte, was bis zur Zeit der «*Terreur*» toleriert, dann aber drastisch geahndet wurde. In der Phase der «*Terreur*» (der von Mai/Juni 1793 bis Juli 1794 dauernden, als Schreckensherrschaft bezeichneten Phase der Revolution unter der Führung von Robespierre) riskierte man sogar die

¹⁹ 45 Milliarden Livres ist die allgemein genannte Zahl zum Wert der ausgegebenen Assignaten. Christian Aubin macht eine Schätzung der vom Staat zurückgenommenen und effektiv aus dem Verkehr gezogenen Assignaten und kommt für Februar 1796 auf einen geschätzten Wert tatsächlich zirkulierender Assignaten von 34,5 Milliarden Livres. Siehe : Christian Aubin: «Les assignats sous la Révolution française: un exemple d'hyperinflation»; Revue économique, Jul., 1991, Vol. 42, No. 4, S. 745-761, Sciences Po University Press, Paris. Siehe dort die Tabelle auf S. 760.

²⁰ siehe Aubin, op.cit., S. 760.

Todesstrafe, wenn man in Verträgen unterschiedliche Preise für Zahlungen in Gold- und Silbermünzen oder in Assignaten festhielt. Nur durch Zwangsmassnahmen konnte der Staat versuchen, durchzusetzen, dass die Assignaten zu ihrem Nennwert akzeptiert werden.

Den Wert der Assignaten via die Guillotine fixieren?

Was ist nun Spangs Erklärung zum Niedergang der Assignaten? Wie immer holt sie zuerst einmal zu einer Abwertung anderer Forschungsbeiträge aus:

«Historians have long realized that the monetary crisis of the 1790s is central to the Revolution, but they have generally allowed classical and neoclassical economics to structure how they see it. Within this framework, the failure of the assignats is always described as one of quantity.» (S. 214)

Auch hier ist ihre pauschale Aussage falsch, die Forschungsarbeiten zu den Assignaten sind vielfältig und nicht allein auf die Ansätze der klassischen und neoklassischen Ökonomie beschränkt.

Nach der zitierten Einleitung setzt Spang dann an zu einer Abrechnung mit der «*quantity theory of money*» (die davon ausgeht, dass die Menge des in Umlauf befindlichen Geldes immer einen Einfluss auf die Preise habe) und mit der Erklärung, welche diese für den Wertverfall der Assignaten gibt (S. 214). Für ihre Kritik an dieser Theorie beruft sich Spang jedoch auf ein einziges Buch, und zwar ein Buch aus dem Jahre 1876 (!), von Andrew Dickson White, «*Paper Money Inflation in France*». Die vielen bis zum heutigen Tag erschienenen Werke aus der allgemeinen Geschichte sowie aus der Wirtschafts- und Währungsgeschichte, die sich in komplexen Analysen mit dem Phänomen der Assignaten befassen, werden von Spang schlicht nicht zur Kenntnis genommen. In diesen Werken werden neben dem Thema der übermässigen Ausgabe von Assignaten durchaus auch die politischen Einflussfaktoren (die innenpolitischen Kämpfe, die Bedürfnisse der Landesverteidigung bzw. der «Verteidigung der Revolution», usw.) genannt und analysiert, die zur Ausweitung der Assignaten beitrugen, aber sie alle sehen in dem übermässigen Volumen von ausgegebenen Assignaten den wesentlichen Grund für ihr Scheitern.

Spang aber lehnt grundsätzlich das Argument ab, dass das schiere Volumen an ausgegebenen Assignaten etwas mit ihrer Entwertung und ihrem Niedergang zu tun haben könnte. Dabei argumentiert sie, als hätte es in der Macht der Mitglieder des Konvents (der «*lawmakers*», wie sie die Mitglieder des Parlaments auf US-amerikanische Art nennt) gestanden, den Assignaten Geltung zu verschaffen und deren Kurs zu bewahren. Mit Zwangsmassnahmen wie zum Beispiel der oben erwähnten Drohung mit der Guillotine?

An anderer Stelle wird Spang diesbezüglich explizit, nämlich wo sie von den Diskussionen der «*lawmakers*» in den Jahren 1790-1792 spricht, ob man Geld als ein Gut wie jedes andere betrachten soll, das man frei sollte handeln können, oder nicht. Anders gesagt, ob man «Geld» (sprich: Assignaten) und Edelmetalle frei gegeneinander sollte tauschen können, wobei der Kurs sich frei einpendeln würde. Spang kommentiert diese Diskussionen wie folgt:

«As long as money's value was understood as determined by market mechanisms, the nation was not really sovereign over it. And as long as the law allowed – in fact encouraged – individuals to trade in money as they did in any other good, formal legal equality was largely meaningless in the marketplace.» (S. 145)

Implizit redet Spang hier einer dirigistischen - letztlich diktatorialen - Zwangswirtschaft das Wort, nämlich der Durchsetzung des Nennwerts der Assignaten durch die Guillotine. Nicht einmal die Vertreter der bei vielen Linken heute beliebten Modern Monetary Theory (MMT), mit ihrer Berufung auf die «Währungssouveränität» eines Landes, versteigen sich zu der Behauptung, der souveräne Staat müsse auch den Kurs bzw. den Wert der von ihm geschaffenen Währung bestimmen können. Im Gegenteil ist es in der MMT ja gerade die Inflation, deren Ausmass als einzige Begrenzung für die «souveräne» Geldschöpfung des Staates akzeptiert wird. Es ist auch nicht einsichtig, wieso genau

eine Zwangsmassnahme wie das Verbot des Währungshandels die Freiheit und Gleichheit der Bürger retten soll! Wie so oft lässt es Spang hier einfach mal mit einer Behauptung bewenden, welche ihre «gute» Gesinnung belegen soll. Wichtig ist, zu zeigen, dass man auf der Seite des «Guten» und der «Gerechtigkeit» steht, auch wenn dies zu diktatorischen Massnahmen führt wie zur Durchsetzung des «gerechten» Werts einer Währung durch Zwang – ggfs. durch die Guillotine wie während der «*Terreur*».

Spang wird an anderer Stelle noch expliziter:

«[...] it was only from April 1793 to autumn 1794 that positive laws mandating the circulation of paper and coin based on their face values alone replaced laissez-faire policies grounded in the idea of gold or silver's intrinsic, 'natural' worth. In other words, only during 'the Terror' did the revolutionary state treat money as something it had the right to patrol and police, only during 'the Terror' was money dimly recognized for the political and social convention it is.» (S. 236)

Man muss diesen Passus schon zweimal lesen, um die Monstrosität klar zu erkennen, die darin steckt. Nur während der Zeit der «*Terreur*» sei Geld schwach als jene «politische und soziale Konvention» zu erkennen gewesen, die es eigentlich sei, und zwar weil in dieser Zeit der Nominalwert der Papierwährung (d.h. der Assignaten) per Gesetz als gültig durchgesetzt worden sei. Mit anderen Worten: Eine politische und soziale Konvention wie das Vertrauen in eine Währung entsteht nicht aus einem Prozess freier Entscheide der Bevölkerung, sondern sie entsteht aus den mit Zwang – sprich mit der Guillotine - durchgesetzten Massnahmen des Staates! So viel zum Freiheitsbegriff von Spang! Unscharfes Denken, mangelndes Fachwissen und ideologische Voreingenommenheit gehen hier einen unguuten Mix ein. Man ist geneigt zu sagen: «Der Schlaf der Vernunft gebiert Ungeheuer».

Nur in der Zeit der «*Terreur*» habe der Staat gemäss Spang keine «*laissez-faire*»-Politik verfolgt, die basiert gewesen sei auf der als «natürlich» betrachteten Auffassung vom intrinsischen Wert von Gold- oder -Silbermünzen. Die «*laissez-faire*»-Politik wird hier von Spang als Totschlag-Begriff verwendet, mit dem unterschiedslos jede andere mögliche Politik, die nicht auf radikalen Zwangsmassnahmen beruht, desavouiert wird. Eine Definition des Begriffs «*laissez-faire*»-Politik gibt Spang nicht, das Wort ist im Grunde nur ein weiterer Gesinnungs-Marker, steht doch der Begriff bei der Linken für eine radikal marktorientierte Form des Kapitalismus ohne soziale Auffangnetze.

Dass der Markt den Gold- und Silbermünzen einen intrinsischen Wert beimisst, lässt Spang nicht als Ausdruck einer Knappheitsrelation gelten, sondern der Kurswert der Münzen ist für sie im Grunde irrational. Indem sie die Vorstellung vom intrinsischen Wert von Gold- oder Silbermünzen als «*cultural fantasy*» desavouiert, schafft sie die Voraussetzung, um den Wert jeder Währung als beliebig zu betrachten, als ausserhalb und unabhängig von jeder wirtschaftlichen Realität, und deshalb als beliebig vom Staat bestimmbar. Wie schon einmal gesagt: Man fragt sich, ob Spang in einem anderen Universum lebt.

Zweiklassen-Gesellschaft der Geld-Zirkulation?

Der von der Nationalversammlung bzw. der nachfolgenden Constituante in den Jahren 1790-1792 aufrecht erhaltene Grundsatz, dass Assignaten und Edelmetalle frei gegeneinander tauschbar sein sollen (was de facto hiess, dass die Assignaten weit unter ihrem Nominalwert gehandelt wurden), wird von Spang als impliziter Entscheid des Parlaments zur Teilung der Gesellschaft in zwei Klassen interpretiert, wobei die Armen mit dem wertlosen Papiergeld abgespiesen worden seien. Der folgende Passus, in dem dies thematisiert wird, kann nur als Ganzes wiedergegeben werden, nur in seiner vollen Form erlaubt er es, die beliebige Verbindung zwischen Themen zu verfolgen, die Spang hier vollführt:

«By endorsing the circulation of gold and silver coins alongside national paper bills without mandating equal exchange between them, the Constituent and Legislative Assemblies created a

monetary version of the distinction between active and passive citizenship. Like an active citizen whose wealth, age, sex, and domiciled status qualified him for the vote and to hold elected office, a silver or gold coin had supposedly intrinsic qualities that earned it its role as money. Silver was 'durable', adult men with permanent homes and a certain income were 'responsible'. In contrast, passive citizens (all women and children, the homeless or itinerant, and those whose yearly tax payments fell below a certain level) were like paper money: they belonged to the nation but they lacked the supplemental attributes that produced a differential position in the market as well. Active and passive, metal and paper, all had the same stamp – all were the same before the law – but for the latter group of citizens this would prove a poor consolation prize." (S. 167)

Man hat fast Mühe zu transkribieren, welche Vielzahl von Verbindungen zwischen allem und jedem hier gemacht werden. Alle von Spang hergestellten Verbindungen werden aber nicht analytisch klar abgeleitet, sondern Zusammenhänge werden einfach insinuiert oder erfunden, ohne dass sie belegt würden durch empirische Evidenz. Dies gilt auch für ihre Aussage zur Zweiklassen-Gesellschaft der Geldzirkulation und für ihre Behauptung, wonach die armen Leute am meisten geschädigt worden seien durch den Wertzerfall der Assignaten.

Klar gab es auf den unterschiedlichen sozialen Ebenen bzw. zwischen den verschiedenen sozialen Klassen Unterschiede im typischen Geldumlauf und in den typischen Verwendungszwecken von Geld. Aber Spangs Ausführungen zu diesem Thema belegen diese Unterschiede nicht durch konkrete Beispiele, sie sind eher ein weiterer Beleg von «*creative writing*». Wie man sich diesem Thema analytisch annähern und gleichzeitig die soziale Dimension konkret und anschaulich begreifbar machen kann, belegt der kurze Aufsatz von Jérôme Blanc über die sozial unterschiedlichen Verwendungsbereiche der verschiedenen Geldformen im Ancien Régime vor der Revolution: «*La complexité monétaire en France sous l'Ancien régime*»²¹.

Es ist im Übrigen nicht vertretbar, allein die armen Leute als Opfer des Wertzerfalls der Assignaten zu bezeichnen, wie Spang es tut. Assignaten von geringem Nennwert waren erst seit Januar 1792 erhältlich, und jene von hohem Nennwert lagen kaum in den Händen des einfachen Volkes. Nicht nur arme Leute hielten deshalb wertlose Assignaten in den Händen, sondern auch zahlreiche wohlhabende Bürger, die auf diese Weise ihr Vermögen verloren. Wobei es sicher auch viele Spekulanten gab, denen es gelang, sich im Geschäft mit den Assignaten zu bereichern, sofern sie mit ihrem Instinkt für das «*market timing*», d.h. den richtigen Zeitpunkt zum Ein- oder Aussteigen, richtig lagen.

Es ist zweifellos eine Tatsache, dass die Revolution mit ihren riesigen sozialen Umwälzungen eine massive Vermögensumverteilung bewirkte, und dass auch das Experiment der Assignaten dazu beitrug. Wer waren die Gewinner und die Verlierer? Ich kenne leider keine Untersuchung, welche diese Vermögensumverteilung umfassend und eventuell sogar quantifiziert beschreiben würde (Hinweise willkommen!), sondern nur einige mehr illustrative Einzelfall-Beispiele. Man kann sich leicht einen Bürger vorstellen, der aus den verstaatlichten Kirchen- oder Adelsgütern zu einem günstigen Preis ein Objekt – sagen wir zum Beispiel ein kleines Schloss mit Landbesitz - kauft, das er mit Assignaten bezahlt, die beim Kauf des Schlosses zu ihrem Nennwert akzeptiert werden, die er selbst aber vorher mit einem Abschlag zu einem Preis unterhalb ihres Nennwerts erworben hatte (wodurch er mit geringwertigem Geld ein hochwertiges Eigentum erwirbt und einen entsprechenden Vermögenszuwachs erzielt). Es gab aber auch zahlreiche kleine Bauern, die auf die eine oder andere Art aus den Nationalgütern ein Stück Land erwarben. Tatsächlich schuf die Revolution eine breite Klasse von neuen Besitzbürgern in der Stadt und auf dem Land, die letztlich auch noch für Napoleon eine wichtige Stütze seiner Macht bildeten und als hochmotivierte Soldaten in seinen Armeen kämpften, da er ihnen ihren neuen Besitz garantierte. Seine Machtergreifung beendete die Wirren

²¹ Jérôme Blanc: "La complexité monétaire en France sous l'Ancien Régime : étendue et modes de gestion," erschienen in: De Pecunia, 1994, VI (3), pp.81-111. (Post-Print halshs-00090030).

der Revolution, in denen sie zu ihrem neuen Reichtum gelangt waren, bei deren Andauern sie jedoch fürchten mussten, ihren Besitz wieder zu verlieren. Die Revolution an einer Maximal-Anforderung zu messen, wonach sie erst mit der Erlangung der materiellen Gleichheit aller gelungen gewesen wäre, heisst, den relativen Fortschritt, den sie gebracht hat, einfach als Fehlleistung wegzudiskutieren.

«Money and stuff»

Im oben zitierten Passus spricht Spang erneut von den “*supposedly intrinsic qualities*” der Silber- und Goldmünzen. Wir kennen das Thema schon. Spang bezeichnet die Vorstellung vom intrinsischen Wert nicht nur in Bezug auf Münzen aus Edelmetall als eine «*cultural fantasy*», sondern auch in Bezug auf alle anderen Arten von «*commodity money*» (Warengeld), auf welche die französische Bevölkerung damals auswich:

«Writing contracts specifying payment in ‘gold coins’ or, for the rent of rural properties, in red or grey partridges, fattened geese, and bushels of grain, individuals attempted to protect themselves and their property from further revolution by positing that a gold coin would always be a gold coin, that a partridge was always a partridge. [...] As ‘land’ had been for the assignats’ proponents (even so a sizable percentage of the Church’s property consisted of urban buildings), so gold, silver, and agricultural goods were for these contracts – a cultural fantasy of value made all the more powerful by not being imagined as human construction.” (S. 238)

Erliegen alle Menschen, die in einem von hoher Inflation geplagten Land ihr Vermögen in Gold oder in anderen Waren anzulegen versuchen, einer «kulturellen Fantasie»? Ist für das persönliche Überleben nicht vielleicht ein echtes Rebhuhn doch eine bessere Wertanlage als die weitere Aufbewahrung eines Geldscheins, mit dem ich morgen nur noch ein halbes Rebhuhn oder sogar noch weniger kaufen kann? Möchten diese Menschen ihr Vermögen echt nur vor der weiteren Revolution schützen, oder haben sie nicht vielleicht Angst um ihr physisches Überleben? Empfiehlt Spang allen Bewohnern von Ländern wie Argentinien, Venezuela oder anderen inflationsgeplagten Ländern, ihr stets wertloser werdendes Geld zu behalten? Und wenn sie dies nicht tun, zum Beispiel um ihre Kinder auch morgen noch ernähren zu können, sind sie dann Konter-Revolutionäre? Empfiehlt sie den Regierungen dieser Länder, den Wert des Geldes per Gesetz und durch Zwangsmassnahmen zu fixieren und diese auch drakonisch durchzusetzen, notfalls mittels Guillotine?

Kommen wir zu den abschliessenden «Erkenntnissen», die Spang behauptet, in ihrem Buch belegt zu haben.

«Operating within the faux-materialist perspective that narrates the history of money as a difficult, perhaps misguided, transition from substance to abstraction (from metal to paper), the assignats’ introduction and eventual withdrawal provide logical-seeming chronological boundaries. In contrast, however, this book insists that paper, per se, was never the defining issue. Most transactions before the Revolution had, after all, been made on or in paper. Many chambers of commerce both opposed the issue of more assignats in September 1790 and actively supported local issuers of *billets de confiance*. When Parisians from the faubourgs marched into the Convention on Prairial 1, Year III, they called not for a return to some mythical gold or silver standard but for laws enforcing the circulation of paper at face value. Paper was not the problem. Politics - the struggle for cultural legitimacy and economic power among individuals defined in regional, social, and ideological terms – politics was the problem.» (S. 248-249)

Wem der einleitende Satz etwas verschurbelt erscheint, ist nicht allein. Man fragt sich, was er sagen soll. Er ist fast schon eine Karikatur von akademischem Schreiben. Aber gehen wir weiter.

Zum Schluss folgert Spang: «*politics was the problem*». Dem Statement folgt aber nichts, was klar machen würde, welche «*struggles [...] for power*» zwischen welchen Individuen denn hier eine Rolle spielten, Namen nennt Spang keine. Und hat man bisher in der Geschichte nicht eher vom Kampf zwischen sozialen Gruppen (oder Klassen) mit unterschiedlichen Interessen gesprochen als vom

Kampf zwischen Individuen? Auch dazu sagt Spang kein Wort. Das Wort «*politics*» ist eine leere Worthülse, die nicht mit weiterem Inhalt gefüllt wird, ein weiterer «Marker».

Noch manch anderes im oben zitierten Passus ist fragwürdig oder unklar, konzentrieren wollen wir uns aber im Folgenden auf Spangs Aussage «*Paper was not the problem*» aus demselben Passus. Diese ist nämlich schlicht falsch. Es ist absolut unwahr, dass es mit Papiergeld im Ancien Régime nie ein Problem gegeben habe.

Zu nennen wäre hier zuerst das Scheitern des «*système de John Law*» (1716 bis 1720) in der Zeit der Régence von Philippe d'Orléans nach dem Tode von Louis XIV. Es war der Versuch, angetrieben vom Schotten John Law, in Frankreich eine Papierwährung zu schaffen ähnlich den Pfund-Noten, die von der Bank of England (gegründet 1694) herausgegeben wurden. Nach der Gründung seiner Banque Générale, die vom Regenten das Privileg zur Ausgabe von (vom Staat garantierten) Banknoten erhielt, baute Law sein «System» immer weiter aus, durch Übernahme von mehreren Gesellschaften zur Ausbeutung von französischen Kolonien, aus deren künftigen Erträgen Law den Anlegern unerhörte Reichtümer versprach. Finanziert wurden diese Übernahmen durch die Ausgabe immer neuer Anteilsscheine. Es kam zu einer riesigen und hysterischen Spekulation, die breite Gesellschaftskreise ergriff und den Preis der Aktie (Bank und Kolonialgesellschaft waren mittlerweile fusioniert worden) in astronomische Höhen schnellen liess, bis das Vertrauen der Anleger in die Zukunftsversprechungen von Law einbrach und es zur Krise und zum Bankrott kam (und zur Flucht von Law nach Venedig). Viele Insider unter den Spekulanten hatten ihre Gewinne rechtzeitig ins Trockene gebracht und sie in Gold oder in anderen sicheren Anlagen angelegt²². Viele andere aber, die an den mittlerweile wertlos gewordenen Papieren festgehalten hatten, verloren alles. Die Geldscheine der Bank waren wertlos geworden. Die Schaffung einer nationalen französischen Papierwährung war damit jahrzehntelang vom Tisch, bis zum Experiment der Assignaten.

Aber auch für spätere Zeiten, und insbesondere für die Zeit unmittelbar vor der Revolution, ist die Aussage «*Paper was not the problem*» falsch. Wenn Spang sagt, dass vor der Revolution viele Transaktionen mit «*paper*» getätigt wurden, so kann man ihrer Aussage in dieser allgemeinen Form zwar zustimmen, aber ein Problem war dieses «*paper*» durchaus. Verwendet wurde nicht eine nationale Währung in Papierform, sondern als Zahlungsmittel dienten kurzfristige Zahlungsanweisungen bzw. kurzfristige Schuldscheine, die von staatlichen Stellen oder von Steuerpächtern stammten. Alle diese Papiere waren letztlich gedeckt durch in Zukunft fällige Steuererträge - genau wie Eugene White es in dem bereits zitierten Satz sagt: «*Most of the government's short-term debt took the form of tax anticipations - assignations, billets de fermes, or rescriptions.*»²³ Gerade weil das französische Königreich keine öffentliche Bank nach dem Vorbild der 1694 gegründeten Bank of England kannte, war es für seine kurzfristige Liquidität stark angewiesen auf diese kurzfristigen Papiere, die auch im weiteren Publikum als Zahlungsmittel zirkulierten.

Stellten diese Papiere wirklich kein Problem dar, wie Spang behauptet? Schauen wir genauer hin.

Eine bedeutende Rolle im Finanzwesen des Ancien Régime spielten die Steuerpächter («*fermiers*»; Steuerpacht = «*ferme*»)²⁴. Ihr Amt war käuflich, es wurde gegen eine Kaufsumme vom König vergeben, sie waren zum einen Amtsträger, agierten aber als private Geschäftsleute, und es war

²² Kleines lokalhistorisches Detail zu meiner Heimatstadt Basel: Einer der rechtzeitig ausgestiegenen Investoren, der Schweizer Jean Deucher, kaufte aus seinen Gewinnen das Wasserschloss Bottmingen vor den Toren Basels, nebst anderen Besitzungen in der Region, und baute es aufwändig im Stile seiner Zeit um. Siehe Herbert Lüthy: Les Mississipiens de Steckborn et la fortune des barons d'Holbach; in: Schweizer Beiträge zur Allgemeinen Geschichte, Vol. 13, 1955 (S. 143-163). S. 154.

²³ Siehe Fussnote 5. Die hier erwähnten «*assignations*» haben nichts mit der Papierwährung der späteren Assignaten zu tun, ausser dem gemeinsamen Wortstamm im Namen.

²⁴ Eine ausgezeichnete Darstellung dieses Systems der Steuerpächter findet sich im Buch von John F. Boshier: French Finances 1770-1795 - From Business to Bureaucracy, Cambridge University Press, 1970.

ihnen erlaubt, neben ihren staatlichen Aufgaben auch privaten Geschäften nachzugehen. Sie waren verantwortlich für die Erhebung je bestimmter Steuern in ihrem geographischen Zuständigkeitsbereich und für deren Weiterleitung an die königliche Verwaltung, wobei sie dem Königtum für dessen laufenden Bedürfnisse oft auch Vorschuss gewährten, eben die erwähnten kurzfristigen Kredite, die letztlich durch künftige Steuererträge gedeckt waren. Ihre auch im breiteren Publikum zirkulierenden Schuldpapiere wurden stets erneuert bzw. verlängert und ihre Zahl ausgeweitet, so dass die künftigen Steuereinnahmen der *«fermiers»* am Ende schon auf Jahre hinaus belehnt waren.

Ihre kurzfristigen Schuldpapiere stellten keine Verbindlichkeit des Königreichs dar, sondern die Steuerpächter hafteten als Private für diese Papiere. Diese konnten jedoch nicht beliebig verlängert, geschweige denn beliebig vermehrt werden. Als in der zweiten Hälfte der 1780er Jahre wegen der sich verschlechternden Konjunktur sowohl die von den Steuerpächtern eingesammelten Steuern zurückgingen als auch ihre privaten Geschäfte litten, kam es 1787 zum Konkurs einiger namhafter Vertreter aus ihren Reihen, was sich rasch zur Finanzkrise des Königshauses auswuchs. Die kurzfristigen Kreditpapiere der Steuerpächter wurden im Markt immer weniger akzeptiert, da man deren Bonität nicht mehr traute. Auch die anderen, von Staatstellen selbst ausgegebenen kurzfristigen Kreditpapiere (*«assignments»*), wurden im Markt immer weniger akzeptiert, da auch sie letztlich gedeckt waren durch künftige Steuereinnahmen, an deren Eintreffen in genügendem Volumen der Markt nicht mehr glaubte. Dem Königreich standen somit neben den eingebrochenen Steuereinnahmen auch die kurzfristigen Kreditpapiere nicht mehr als Finanzierungsquelle zur Verfügung, und langfristige Kredite wurden dem Königreich aufgrund seiner Zahlungsschwierigkeiten ebenfalls kaum mehr gewährt - was zur Folge hatte, dass das Königreich seine finanziellen Verpflichtungen nicht mehr voll erfüllen konnte. Fällige Renten-Zahlungen mussten im Jahr 1787 teilweise aufgeschoben werden, und auch andere Zahlungen des Staates erfolgten unregelmässig oder entfielen. So kündigte sich 1787 bereits der Staatsbankrott des folgenden Jahres an: Die katastrophalen Witterungsverhältnisse und die Missernte des Jahres 1788 verschärften die Lage, der wirtschaftliche Einbruch führte zu einem weiteren Einbruch der Steuereinnahmen und zu einem totalen Versiegen aller Kreditquellen – im August 1788 war das Königreich gezwungen, seine Zahlungen einzustellen, es kam zum de facto-Staatsbankrott, während das Land gleichzeitig von Hungerrevolten überzogen wurde und die öffentliche Ordnung ins Kippen kam.

Es war dieser de facto-Staatsbankrott, der den König im August 1788 zwang, dem Druck zur Einberufung der Generalstände (*«États Généraux»*), dem er sich während Jahren widersetzt hatte, nachzugeben, um durch die Gewährung neuer Steuern die Staatsfinanzen zu sanieren. Die Generalstände, die letztmals 1614 (!) einberufen worden waren, waren nach allgemeiner Auffassung die einzige Instanz, welche die Kompetenz hatte, neue Steuern zu bewilligen. Wobei die Hoffnung des Königs war, sie nach der Bewilligung neuer Steuern wieder auflösen zu können. Mit der Einberufung der Generalstände, die im Mai 1789 erstmals zusammentraten, war jedoch eine andere Dynamik ins Rollen gekommen, die der König nicht mehr kontrollieren konnte: die Französische Revolution²⁵. Die Generalstände konstituierten sich zur Nationalversammlung, zur alleinigen Vertreterin des Volkes, und liessen sich nicht mehr auflösen, sondern übernahmen zunehmend die Macht. In Gang gesetzt worden war diese Dynamik aber durch den Staatsbankrott von 1788, bei welchem der Einbruch des Vertrauens in die kurzfristigen Kreditpapiere eine wesentliche Rolle gespielt hatte. Von wegen *«Paper was not the problem»*!

In Spangs Ausführungen werden keine neuen Erkenntnisse über die Revolution geboten, sondern vielmehr wird das, was wir aus früheren Forschungen über die Revolution wissen, verwischt und

²⁵ Zum Steuersystem und zum Zusammenhang zwischen der Finanz- und Schuldenkrise des Ancien Régime und der Revolution siehe meinen bereits erwähnten Aufsatz: Paul Huber, op.cit.

vernebelt oder sogar schlicht verkannt. Ihr Werk ist kein Fortschritt in der Forschung, sondern ein Rückschritt hinter das bisherige Wissen zurück.

Unvertrautheit mit dem Forschungsgegenstand - nochmals

Der Vorwurf des «Feuilletonismus» und der Unvertrautheit mit dem Gegenstand der Forschung ist kein leichter, und es ist mir deshalb ein Anliegen, eindeutig zu belegen, was ich damit meine. Deshalb bringt dieses Kapitel einige weitere Beispiele, die meines Erachtens drastisch sind.

Erstes Beispiel. Spang schreibt:

«The extensive credit economy of the eighteenth century was not a 'bubble'. It was not fated to pop. Other scholars have been inclined to reach this conclusion, but it seems a failure of historical imagination to label the Old Regime credit economy 'unsustainable'. True enough, after 1789-1793 it was largely not sustained, but that accident of history does not suffice to declare it already structurally unsound in 1782 or even in 1785. Sustainable, it may well have been. Shock proof, it was not.» (S. 56)

Man reibt sich die Augen! Spang behauptet, die Kreditwirtschaft des Ancien Régime sei nicht «*unsustainable*» gewesen, erst durch den «*accident of history*» der Revolution sei sie dies geworden. Die Revolution war jedoch nicht ein «*accident of history*», der mit dem Zustand der Staatsfinanzen ursächlich nichts zu tun hatte. Vielmehr war Zustand der Staatsfinanzen eine der direkten Ursachen der Revolution, wie wir im letzten Kapitel gesehen haben!

Von welcher «*credit economy of the eighteenth century*» redet Spang, wenn sie behauptet, diese «*was not fated to pop*»? Von der Kreditwirtschaft der privaten Wirtschaft oder von den Staatsfinanzen? Gehen wir davon aus, dass sie von den Staatsfinanzen und dem Kredit des Königreiches spricht. Dieser Kredit kam aber nicht erst in den Jahren 1789-1793 ins Wanken, vielmehr war die «*bubble*» schon im Jahr 1788 geplatzt, als das Königreich seine Zahlungen einstellen musste und es zum de facto-Staatsbankrott kam. Von wegen «*was not fated to pop*»!

Zudem weist die Literatur zur Finanzkrise des Ancien Régime nach, dass die Staatsschuld tatsächlich *structurally unsound* war, und zwar nicht wegen ihrer absoluten Höhe, sondern wegen der ungerechten Verteilung der Steuerlast, der Ineffizienz in der Steuererhebung, und des Mangels an Transparenz und Legitimität eines Königtums, dessen Finanzgebaren keiner parlamentarischen Kontrolle unterstand (wie es damals in Grossbritannien bereits der Fall war). Und *structurally unsound* war nicht nur die Staatsschuld, sondern auch die Staatsstruktur Frankreichs, weil der Dritte Stand, der über 98% der Bevölkerung Frankreichs ausmachte und den Grossteil der Steuern trug, in den Institutionen des Staates in keiner Form vertreten war. Es erstaunt nicht, dass der Dritte Stand die Gelegenheit der Generalstände nutzte, um eine definitive Reform des Staates und seiner Institutionen durchzusetzen und den eigenen Platz darin dauerhaft zu sichern. Spang, die andernorts ihr Interesse an «*politics*» unterstreicht, hätte hier eine musterhafte «*case study*» der Politischen Ökonomie studieren können, aber sie ignoriert das Thema.

Spang wirft im obigen Passus anderen Forscherinnen und Forschern «*a failure of historical imagination*» vor. Nun, man würde sich bei Spang selbst gern weniger «*imagination*» und mehr historische Sachkenntnis wünschen!

Kommen wir zum nächsten Beispiel:

«In 1791, after two years of truly unprecedented challenges to royal authority, [...] thousands of investors [...] still thought of the Crown's *rentes viagères* as safe investments. One easy way to explain this perception would be that economic thinking simply did not keep pace with other sorts of change, that people's financial expectations 'lagged behind' transformations in political culture. French men and women, in other words, did not fully understand the changing world in

which they lived. Yet it is also worth considering that the relation between new-style revolution and old-style investment may have been as dialectical as it was linear.” (S. 31)

Entgegen der Darstellung Spangs spricht nichts dagegen, dass die Investoren im Jahre 1791 weiterhin an den Wert der Leibrenten glaubten. Sie betrachteten diese zurecht nicht als eine Verpflichtung des Königs, sondern des Staates. Viele Bürger hatten ja gerade als Inhaber von Leibrenten das Finanzgebaren des Königtums kritisiert, welches die Renten-Zahlungen 1788 hatte unterbrechen müssen, und sie erhofften sich von der Revolution eine verbesserte Einhaltung der Zahlungspflichten durch den Staat. Die politischen Umwälzungen waren nicht per se schon ein Grund, diese Erwartungen zu vergessen. Dass die Menschen – so eine weitere Aussage Spangs – die Welt, die sich um sie herum veränderte, nicht ganz verstanden, ist eine Binsenwahrheit, die nicht nur unter den Bedingungen einer Revolution gilt. Tatsächlich war die Zukunft auch im Jahr 1791 noch nicht eindeutig determiniert, sondern nach vorne offen, wieso also hätten die Investoren ihre Erwartungen bereits anpassen sollen? Das Reden von der Beziehung zwischen «*new-style revolution and old-style investment*» ist nichts anderes als Gerede, ebenso die Aussage, diese Beziehung «*may have been as dialectical as it was linear*» (typischerweise im Möglichkeitssinn und nicht im Sinn einer klaren Feststellung - und klar, «*dialectical*» und «*linear*» tönen immer gut).

Beispiel drei:

«The official public definition of ‘money’ extended only to coins produced by the king’s mints, but that absolutism did not penetrate very far into many sectors of the economy. Instead, even the royal household ran a debt for most of its purchases and even the state issued a bewildering variety of circulating short-term papers. The political category of money and the credit mechanisms actually at work in the economy regularly diverged.” (S. 13)

Ich weiss nicht, auf welche «offizielle» Definition von Geld sich Spang bezieht. Kein Währungshistoriker und keine Währungshistorikerin würde sich allein auf das geprägte Geld konzentrieren, wenn sie vom Währungssystem des Ancien Régime (oder irgend eines anderen Landes) sprechen, und sie würden es nicht als neue Entdeckung anpreisen, dass das Königreich auf Kredit lebte und dass es neben dem geprägten Geld auch kurzfristige Kreditpapiere gab, die als Geld funktionierten. Alles altbekannte Tatsachen. Das Bestehen von Staatsschulden hat auch nichts damit zu tun, dass der Absolutismus in viele Wirtschaftsbereiche nicht weit hinein drang, wie Spang schreibt. Und davon zu reden, dass der Staat selbst «*a bewildering variety of circulating short-term papers*» herausgab, zeugt von Oberflächlichkeit, kann man diese kurzfristigen Kreditpapiere doch, wie das erwähnte Zitat von Eugene White²⁶ zeigt, sehr klar und übersichtlich umschreiben und definieren. Und was soll der Satz bedeuten, dass die politische Kategorie Geld und die in der Wirtschaft tatsächlich wirkenden Kreditmechanismen regelmässig voneinander abgewichen seien? Geld und - durch Kredite geschaffenes - Buchgeld sind in der Währungstheorie eins, Buchgeld wird ebenso als Geld betrachtet wie physisches Geld. Der ganze Passus ist Schaumschlägerei.

Und noch ein Beispiel:

«Historians, like the revolutionaries they study, have been slow to take an interest in how money is manufactured or even in what it looks like. While this era’s economic thought and monetary policy have been the subject of multiple volumes, the business of printing assignats and of minting small change has gone almost completely unstudied. Inspired by authors such as Karl Marx and Georg Simmel, both of whom treated money as the modern world’s chief and most powerful abstraction, scholars have generally been loathe to look at money. After all, surely only fetishists and four-year-olds really care what money looks like?» (S. 103)

Typische Merkmale von Spangs Stil sind in diesem Passus vereint, das «*name-dropping*» bzw. die Gelehrsamkeits-Marker (Marx und Simmel) ebenso wie die Herablassung gegenüber anderen

²⁶ Siehe Fussnote 5.

Forscherinnen und Forschern, die ein Thema nicht berücksichtigt haben sollen, nämlich den Herstellungsprozess von Geld. Wobei in dieser Behauptung erneut schon wieder eine falsche Aussage steckt, denn sie trifft zumindest für das von Spang genannte Prägen von Kleingeld («*minting small change*») nicht zu, siehe das Buch von Sargent/Velde, «*The big problem of small change*», von dem schon die Rede war²⁷. Sargent/Velde gehen durchaus auf den Herstellungsprozess von Kleingeld-Münzen ein, dort aber im Zusammenhang mit relevanten Fragen zum relativen Anteil von Metallwert, Prägekosten und Prägegewinn sowie zur Entwicklung der fälschungssicheren Prägetechnik – Fragen, die bei allen Metallmünzen (Kupfer, Silber, Gold) damals wichtig waren. Bei Papiergeld, dessen Wert beinahe unabhängig ist von seinen Herstellungskosten, ist der Herstellungsvorgang aber kaum mehr relevant, höchstens noch wegen Fragen der Fälschungssicherheit. Deshalb zuletzt die Frage: Begreift man wirklich mehr vom US-Dollar und von der Dollar-Dominanz in der Welt, wenn man den technischen Druckprozess für Dollarnoten studiert? Die Antwort erübrigt sich. Der ganze obige Passus ist Humbug. Und der Abschluss mit den «*fetishists and four-year-olds*» gehört direkt in die Rubrik «*creative writing course*».

Weiter geht's:

«This chapter therefore leaves open the possibility that the relationship between the printing of additional money and the currency's loss of value may have been as much a product of history as it was of nature – that it may, in fact, have been as complex as the relation between industrialization and class formation.» (S. 216)

Der Satz besteht aus Leerformeln und Mutmassungen («*.. leaves open the possibility..*!»), die zu nichts verpflichten («*..may have been..*!»), und das beliebige Verbinden von allem mit allem kommt hier bezogen auf dasselbe Thema gleich in doppelter Ausführung, wird doch nicht nur gesagt, dass der Wertverlust der Assignaten vielleicht ebenso ein Produkt der Geschichte wie der Natur «gewesen sein könnte» (an sich schon ein Pseudo-Tiefsinn, und weiter ausgeführt wird der Anteil von «Geschichte» und «Natur» nicht), sondern auch dass der Wertverlust vielleicht ein ähnlich komplexes Phänomen «gewesen sein könnte» (im absichernden Konjunktiv!) wie die Beziehung zwischen Industrialisierung und Klassenbildung (Gesinnungs-Marker!). Kein Wort wird darüber verloren, was nun wirklich die konkrete Beziehung zwischen Wertverlust der Assignaten auf der einen Seite und der Industrialisierung und Herausbildung von sozialen Klassen auf der anderen Seite ist (oder sein könnte: schon für eine Hypothese wäre man dankbar!). Von Industrialisierung ist im ganzen Buch sonst nicht die Rede, und auch von Klassenbildung nicht, auch wenn sich Spang hie und da auf das «einfache Volk» von Paris beruft.

Geld, Geldgeschichte, Geldtheorie

Angesichts der offensichtlichen Verständnis- und Kenntnislücken von Rebecca Spang beim Thema Geld und Finanzen ist es umso stossender, wenn sie sich auf der anderen Seite erlaubt, die entsprechenden Arbeiten anderer herablassend zu kritisieren. So erlaubt sie sich zum Beispiel, ein umfassendes Werk wie Marcel Marion's sechsbändige «*Histoire financière de la France depuis 1715*» (erschienen 1914-1931) herablassend als ein Werk der «Finanzgeschichte» in Anführungszeichen zu bezeichnen, anders gesagt: der «sogenannten» Finanzgeschichte. Das ist etwa so, wie wenn man das Buch «*Crashed*» von Adam Tooze als «sogenannte Geschichte der Finanzkrise», oder – man erlaube mir den Sprung – wenn man Einsteins Relativitätstheorie als ein Werk der «sogenannten Physik» bezeichnen würde. Marion ist immer direkt auf den Quellen und kennt seine Materie sehr gut, der Leser kann immer genau erkennen und verstehen, wovon er redet, und die Tatsache, dass Marion gegen eine übermässige Staatsverschuldung eingestellt ist (was Spang als Vorwurf gegen ihn verwendet), bedeutet nicht, dass die von ihm dargestellten Fakten falsch wären oder dass er die

²⁷ Siehe Fussnote 6

Quellen falsch gelesen oder falsch zitiert hätte. Auch linke Historiker zollen ihm fachlich durchaus ihren Respekt.

Spang macht einige kritische Bemerkungen zur neoklassischen Ökonomie und meint, damit alle ihr widersprechenden Ansätze zum Verständnis von Geld genügend desavouiert zu haben. Ihre Kritik ist oberflächlich und pauschal, sie geht nicht auf einzelne Autoren und deren Theorien ein, und dabei stilisiert sie die neoklassische Ökonomie zu einem Popanz, der nichts mit der Wirklichkeit der heutigen Geldtheorie zu tun hat. Auch innerhalb der Ökonomie selbst sind die Lücken der neoklassischen Theorie in Bezug auf Geld und Währung längst kritisiert und überholt worden, die Ökonomie hat mittlerweile komplexere Theorien zu dem Thema entwickelt. Genauso wie die Ökonomie heute auch weitergehende Darlegungen der von Spang scharf kritisierten «*commodity theory of money*» hat als das einzige von ihr zu diesem Thema zitierte Werk von 1876!

Man kann es jedem Menschen leicht verzeihen, der Schwierigkeiten hat, das komplexe Thema Geld wirklich zu verstehen. Aber von einer Historikerin, die über das Thema ein Buch schreiben will, dürfte man erwarten, dass sie sich in Geldtheorie und Geldgeschichte bewandert macht und auch die technischen Aspekte des Währungswesens versteht, so dass sie zumindest vor den grössten Irrtümern gefeit ist. Dies zu unterlassen, ist so, als würde sich jemand erlauben, ein Buch über Physik zu schreiben, ohne etwas von Physik zu verstehen.

Hätte sich Spang in die Geld- und Währungsgeschichte eingelesen, so hätte sie daraus erfahren können, welche politischen und institutionellen Bedingungen notwendig sind, um das Vertrauen in eine Papierwährung zu gewährleisten – Bedingungen, die vergleichbar im Frankreich der Revolutionszeit nicht vorhanden waren, weswegen auch das Experiment der Assignaten nicht gelingen konnte. Bei gegebenen Voraussetzungen konnte sich aber auch in Frankreich im Laufe des 19. Jahrhunderts das Papiergeld in einem komplexen politischen und institutionellen Prozess durchsetzen - ohne Einsatz der Guillotine.

Geschichte oder Ideologie?

Am Ende der Lektüre von Spangs Buch fragt man sich, was denn überhaupt ihr theoretischer Ansatz ist, mit dem sie ihren Untersuchungsgegenstand angeht. Die Antwort ist leider, dass der Ansatz primär ideologisch ist.

Es finden sich in ihrem Buch tatsächlich zahllose Stellen, wo vorgefasste ideologische Ansichten zu erkennen sind, die nicht aus den von der Autorin gewonnenen Erkenntnissen resultieren, sondern diesen vorausgehen und ihre Wahrnehmung leiten. Dies ist zum Beispiel der Fall bei dem folgenden Passus, der hier als letztes Zitat stehen soll, und den ich mehr oder weniger gezwungen bin, in seiner ganzen Länge wiederzugeben, da jede Kürzung die Kette der assoziativen – aber empirisch oder quellenmässig nicht belegten - Verbindungen zwischen den verschiedensten Themen unterbrechen würde. Es geht hier um den nach dem Sturz Robespierres gefassten Beschluss der Abgeordneten des Konvents, den freien Handel von Gold und Silber wieder zuzulassen - was hiess, dass die Assignaten nicht mehr zu ihrem Nennwert gehandelt werden mussten.

«Refusing to accept that the members of the crowd constituted ‘the people’ or that their daily experience of shortages and high prices gave them any right to speak on questions of monetary policy, legislators first marginalized them discursively and then, after the violence of Prairial, repressed them with armed force. Turning a deaf ear to the crowd’s assertion that ‘the assignats are declining in value because of the decrees you passed [such as the abolition of the Maximum],’ the members of the Thermidorean Convention instead responded by further deregulating the

money trade. Shortly after the Germinal uprising, they voted to decriminalize the sale of gold and silver. They also ordered Cambon's arrest²⁸. (He fled to Lausanne.)

As they returned to the extreme version of free-market thinking predominant in 1789-1792, lawmakers again described money as a good like any other. 'Really, what would it mean', asked Jeanbon Saint André, 'for us to declare that silver is a commodity? Isn't it so by its nature? Any law that violates the nature of things must sooner or later be impotent.' Since gold and silver were 'universally' valued, Vernier argued, a government that regulated their circulation also cut itself off from international commerce – feasible for the Spartans and the Incas, such measures were 'inconceivable' for a commercial country such as France. From this perspective, the concerns of the actual, living men and women of Paris could easily be defined as 'unnatural' (as, by implication, were those who expressed them). That the Convention had ever mandated the acceptance of paper and coin on equal terms became, in the course of 1795, simply further evidence of how monstrous 'the Terror' had truly been.

Repudiating their earlier monetary policies and ignoring ordinary Parisians, legislators in the aftermath of Germinal moved to end the Revolution – and thereby silence the Paris crowd – by balancing the Republic's account books. (S. 226-227)

Es ist fast schon perfid, wie Spang hier eine Argumentationskette schmiedet, die mit keinerlei Quellen belegt ist, sondern allein aus ihrer eigenen vorgefassten ideologischen Metatheorie abgeleitet wird. Auch hier muss man schon mehrmals lesen, bis man ganz versteht, welche Argumente Spang sozusagen im luftleeren Raum auftischt. Zum Beispiel: Die Parlamentarier hätten, indem sie den freien Handel mit Gold und Silber als eine «natürliche» Sache betrachteten, implizit die Sorgen des einfachen Volkes von Paris («*the actual, living men and women of Paris*») dieser Fiktion des «Natürlichen» geopfert und diese Sorgen – und damit auch das einfache Volk selbst, das diese Sorgen ausdrückte – als «unnatürlich» betrachtet. Dies ist eine unerhörte Mutmassung ohne den geringsten Beleg. Und wenn Spang den Parlamentariern vorwirft, sie hätten mit ihrem Entscheid das legitime Recht des Volkes, aufgrund seiner täglichen Erfahrung des Mangels und der hohen Preise in währungspolitischen Fragen mitzureden, ignoriert und unterdrückt, so ist dies simpler Arme Leute-Populismus.

Auch im oben zitierten langen Passus steht im Hintergrund Spangs Ablehnung der Idee vom intrinsischen Wert von Gold und Silbermünzen als «*cultural fantasy*». Hat das von Spang sonst so gelobte Volk aber nicht denselben Fehler gemacht, Gold- und Silbermünzen als wertvoller zu betrachten als entwertete Assignaten? Die Meinung des Volkes, der Wert der Assignaten sinke wegen der von den Parlamentariern gefassten Beschlüsse, wird von Spang unhinterfragt als Wahrheit stipuliert, die von den Parlamentariern abgelehnt worden sei. Sowieso: Die aufrührerische Bevölkerung von Paris, die vielfach Spielball verschiedener - und nicht nur ihrer eigenen - Interessen war, schlicht als authentische Vertretung des gesamten einfachen Volkes von Frankreich zu betrachten, ist etwas gar unter-komplex. Es belegt vor allem die vereinfachende ideologische Ausrichtung von Spang.

Dass die Inflation noch andere Gründe hatte als die Weigerung der Parlamentarier, den Nennwert der Assignaten zu garantieren, wird bei Spang nicht in Erwägung gezogen. Ebenso wird nicht in Erwägung gezogen, dass die ärmeren Schichten in der Regel mehr unter jeder Inflation leiden als die wohlhabenderen Schichten, die sich mit Sachwerten (Häuser, Land, usw.) zum Teil gegen den Währungszerfall schützen können. Dass der Versuch zur Stabilisierung der Währung also implizit auch den ärmeren Schichten zugutekommen könnte, bleibt unerwähnt. Der Preisauftrieb war nicht zuletzt auch durch Mangel an allem Lebensnotwendigen verursacht, und in der Regel kann man diesen Mangel durch Preisobergrenzen auf die Länge nicht beheben, vielmehr müssen dazu auch

²⁸ Pierre Joseph Cambon war von 1793 bis 1795 de facto Finanzminister der Revolutionsregierung, ohne diesen expliziten Titel zu tragen. 1793 war er in den Wohlfahrtsausschuss gewählt worden.

andere Anreize wirken. Bei Spangs Liebe zu Zitaten aus dem einfachen Volk hätte sie eigentlich auch zitieren müssen, mit welchen Rufen das Volk den Gang Robespierre zur Guillotine begleitete: «*Foutu le Maximum!*». Denn die Gesetze zum «Maximum» hatten nicht nur die Obergrenze für Güterpreise festgelegt, sondern auch die Obergrenze für Löhne, unter der die arbeitende Bevölkerung angesichts der Inflation litt, und wofür sie Robespierre verantwortlich machte.

Spang behauptet im obigen Zitat weiter, die Parlamentarier hätten die Interessen des einfachen Volkes geopfert, um durch ihre Massnahme die staatliche Buchhaltung wieder zum Ausgleich zu bringen, was sie aber mit keiner Quelle belegt, und was auch schlicht nicht wahr ist, denn in Wirklichkeit kamen die staatlichen Finanzen durch diese Massnahme keineswegs ins Gleichgewicht. Spangs Wortspiel - «*silence the Paris crowd - by balancing the Republic's account books*» - ist erneut ein reiner Fall von «*creative writing*». Tatsächlich geht Spang mit keinem Wort auf den Zustand der öffentlichen Finanzen ein, nicht nur an dieser Stelle, sondern im ganzen Buch nicht, und nennt auch keine einzige Zahl dazu. Wie das ganze Buch sowieso, um auch dies hier noch zu erwähnen, ohne jede Tabelle oder Statistik auskommt, was bei einem Buch zur Wirtschafts- und Währungsgeschichte doch erstaunt. Die Staatsfinanzen blieben jedenfalls im Ungleichgewicht, der unumgängliche Schuldenschnitt erfolgte erst in der Regierungszeit des Directoire (1795-1799): Im September 1797 kürzte man die langfristigen Schulden des Staates, einschliesslich der Altschulden aus der Zeit vor der Revolution, um zwei Drittel («*la banqueroute des deux tiers*»). Keine Rede davon bei Spang.

In den Sätzen, die an das obige Zitat anschliessen (wir verzichten hier auf ein weiteres Originalzitat), erläutert Spang die von den Parlamentariern diskutierten und beschlossenen Massnahmen zur Ausserkraftsetzung der Assignaten. Diese sollten nur noch auf beschränkte Zeit ihre Gültigkeit bewahren und würden vom Staat während dieser Zeit noch zum Nennwert an Zahlungsstatt angenommen, jedoch ausschliesslich zum Bezahlen offener Schulden aus dem Erwerb von Nationalgütern (deren Kaufpreis oft erst zu einem geringen Teilbetrag einbezahlt worden war) und zum Bezahlen von offenen Steuerschulden.

Es ist nicht einsichtig, wieso diese Massnahmen zur Ausserkraftsetzung der Assignaten gerade ausschliesslich der armen Bevölkerung hätten schaden sollen, wie Spang behauptet. Die Assignaten jetzt aus dem Markt zu ziehen, indem der Staat sie zur Bezahlung fälliger Schulden aus dem Kauf von Nationalgütern sowie von Steuerschulden akzeptierte, entsprach eigentlich dem ursprünglichen Zweck der Assignaten und bedeutete, dass der Staat seine eigenen ursprünglichen Versprechen und Verpflichtungen gegenüber den Inhabern von Assignaten einhielt. Spang bleibt den Beleg schuldig, wieso diese Massnahmen nun grad dazu hätten dienen sollen, das einfache Volk zum Schweigen zu bringen, vom Ausgleich der staatlichen Finanzen – wie gesagt – ganz zu schweigen.

Es ist eine grosse und simple polemische Verkürzung, die Parlamentarier als Versager und als Feinde des Volkes darzustellen und ihnen anzukreiden, dass sie sehr wohl den Wert der Assignaten hätten garantieren können, und dass sie mit ihrem Entscheid das einfache Volk «verraten» hätten. Wir kennen aus der Geschichte die fatalen Folgen der Anklage des «Verrats am Volk», die von links bis rechts schon genügend missbraucht worden ist. Es ist keine unschuldige Attitüde, die man einfach mal so annehmen kann in der Gewissheit, auf der richtigen Seite der Geschichte zu stehen.

Die vorgefassten ideologischen Auffassungen und Meinungen prägen nicht nur Spangs Blick auf die Vergangenheit, sondern sie dienen ihr auch dazu, den Personen der Vergangenheit moralisierend Noten zu verteilen für ihr Wohlverhalten oder Versagen, mit der impliziten Überzeugung, dass es ein richtiges Handeln gegeben hätte. Auch in diesem Sinne ist das Buch von Spang beispielhaft und symptomatisch, findet sich diese Haltung doch in vielen Werken der heutigen Geschichtsforschung. Die Beurteilung bzw. Verurteilung der Personen der Vergangenheit erfolgt dabei nach den eigenen heutigen moralischen Kriterien der Historiker und Historikerinnen. Dabei wird zum einen vorausgesetzt, dass die oder der Schreibende eine überragende politisch-moralische Position hat, die nicht in Frage gestellt werden kann, und zum anderen wird vorausgesetzt, dass die Personen der

Vergangenheit einen absoluten Überblick über die ihnen damals gegebenen Optionen hatten und willentlich falsch – d.h. unmoralisch – entschieden haben.

Beide Annahmen müssen entschieden in Frage gestellt werden. Weder kann ein Historiker bzw. eine Historikerin von sich behaupten, die einzig richtige politisch-moralische Meinung zu haben, es sei denn, er oder sie verwechsle sich mit einem Grossinquisitor oder Meinungspapst, noch kann man voraussetzen, dass die handelnden Personen in der Geschichte den absoluten Durchblick über ihre Situation hatten - so wenig wie die heutigen Menschen in jeder Situation mit Bestimmtheit wissen können, welcher Entscheid der beste ist, sei es für sie selbst oder für die Allgemeinheit. So wie die Welt der Gegenwart komplex und manchmal unübersichtlich ist, so war dies auch die Welt der Vergangenheit für die Menschen, die in ihr lebten und wirkten. Die Geschichtsschreibung sollte bei aller Anerkennung der Kontingenzen, die zu jeder Zeit wirkten, auch eingestehen, dass die Geschichte nach vorne nicht vollständig determiniert ist, dass die Menschen zu jeder Zeit ihren Weg im Nebel haben suchen müssen, dass sie über diesen Weg nie einig sind und sein können, und dass diese Einigkeit auch nicht gewünscht werden kann, da es das Ende der Freiheit bedeuten würde.

Was haben wir von Spang gelernt?

Sucht man nach der Lektüre des Buches von Rebecca Spang die Summa zu ziehen von dem, was man gelernt hat, so ist das Resultat mager. Über Geld, über Währung und über das Finanzsystem des Ancien Régime und der Revolution erfährt man nichts, was über die Erkenntnisse vorangegangener Forschungsarbeiten hinaus gehen würde, im Gegenteil, frühere Erkenntnisse werden bis zur Unkenntlichkeit vernebelt und von einem Netz ideologischer Voreingenommenheit überdeckt, ja teilweise werden frühere Erkenntnisse schlicht verkannt. Was man dagegen kennen lernt, sind die ideologischen Ansichten von Spang, die ihre Erläuterungen prägen, alles versteckt hinter einer offenbar als politisch korrekt betrachteten Sympathie für «das einfache Volk».

Es würde Spang schon zu viel Ehre antun, wenn man sie als Marxistin bezeichnen würde. Dafür ist ihre ganze Argumentation zu unscharf und zu beliebig. Viel eher ist ihr Buch das Resultat einer mit vagen linken Vorstellungen und Gemeinplätzen unternommenen Lektüre gewisser historischer Dokumente, deren Auswahl und Interpretation eher von vorgefassten Meinungen getragen ist als von fachlichem Interesse am eigentlichen Thema des Buches, dem Thema Geld. Tatsächlich ist das Buch auch kein wirtschaftsgeschichtliches oder währungsgeschichtliches Buch, Spang fehlen schlicht die relevanten fachlichen Kenntnisse, als dass man es in diese Kategorie einreihen könnte.

Ist es überhaupt ein wissenschaftliches Buch? In der Beliebigkeit der Verweise und Referenzen, in den fachlich falschen Informationen, in der Liebe zur wohlklingenden und scheinbar tief sinnigen Formulierung ist das Buch nach meiner Meinung eher der Kategorie des «*creative writing*» als der Wissenschaft zuzuordnen.

Mein Urteil und das Urteil von Spangs Fachkollegen

Mein Urteil über Spangs Buch ist negativ, und ich habe mich bemüht, die Gründe dafür ausführlich und detailliert darzulegen. Da taucht natürlich die interessante Frage auf, wie denn die fachliche universitäre Kritik ihr Buch damals beurteilte. Ich kann nicht sagen, dass ich eine erschöpfende Suche gemacht habe, habe aber doch auf Anhieb sechs Rezensionen gefunden, was zusammen mit der eingangs erwähnten Besprechung im Times Literary Supplement sieben macht²⁹. In den jüngsten

²⁹ Die gefundenen Rezensionen stammen von Nicolas Delalande, Michael Kwass, Pierre Labardin, Maria Paganelli, John Shovlin, Eugene White - ausser jener von Delalande alle in Englisch verfasst:

- Nicolas Delalande: *Revue d'histoire du XIXe siècle* [online], Vol. 52, 2016, S. 1-3
- Michael Kwass: *The English Historical Review*, Volume 132, Issue 554, February 2017, S. 158
- Pierre Labardin: *Accounting History* 2019, Vol. 24 (1), S. 158
- Maria Paganelli: *Journal of the History of Economic Thought*, Volume 41, Issue 3, September 2019, S. 461

Tagen bin ich noch auf zwei weitere Rezensionen hingewiesen worden³⁰. Der Tenor der neun Kritiken ist grossmehrheitlich positiv (inklusive jener im TLS), mit einer Ausnahme, der Rezension von Eugene White, einem Spezialisten in Wirtschaftsgeschichte des Ancien Régime und der Französischen Revolution. Seine Kritik ist im Grunde ein Verriss, aber wohlgezogen, höflich und sachlich formuliert. Die anderen Kritiken sind positiv, aber in der Art ihrer Argumentation oft nicht weniger seltsam als der Text von Spang selbst, wobei ich manchmal den Eindruck gewann, dass sie sich in demselben Paralleluniversum seltsamer Theorien und Wahrheiten – man könnte auch sagen «*codes*» – bewegen wie die Autorin. Tatsächlich kann Rebecca Spang ja nicht ein Einzelfall an den Universitäten dieser Welt sein, und es ist auch klar, dass sich gleich und gleich gern gesellt und sich auch gegenseitig unterstützt. Kollegenschelte ist eher verpönt, und anstatt jemanden zu kritisieren, schweigt man vielleicht lieber und schreibt keine negativen Rezensionen – man trifft sich ja immer wieder im einen oder anderen Gremium. Bei zwei Kritiken (Pierre Labardin, vor allem aber John Shovlin) hat man tatsächlich den Eindruck, dass der Rezensent einige Vorbehalte hat, sich aber die Aufgabe gestellt hat, positive Punkte zu finden und die Kritik in diesem Ton zu halten.

Bin ich auf Abwegen? Aber solche Überlegungen macht man sich halt als jemand von ausserhalb der Universität und des Wissenschaftsbetriebs, der persönlich ein negatives Urteil über ein Buch hat und sich fragt, wieso er in den fachlichen universitären Rezensionen kein Echo der eigenen Vorbehalte findet. Wer hat recht? Für mich selbst ist der Fall klar.

Überdies begegnet mir diese Form des universitären Schreibens und Denkens, für die mir Spangs Buch exemplarisch als Beispiel steht, an zu vielen Orten, als dass ich sie nicht als bedeutendes Phänomen unserer Zeit auffassen müsste – und auch als Problem. Ich denke, in den geisteswissenschaftlichen Fakultäten mancher Universitäten wird von einigen Leuten ein Stil des Denkens gepflegt, in dessen Zentrum nicht intellektuelle Disziplin, analytische Klarheit und Wahrheitssuche steht, sondern der Wunsch nach Selbstaufwertung und nach Abgrenzung von den «Nicht-Gebildeten». Man ist dabei manchmal erinnert an jene Autoren der Scholastik, die in gemeinsamer Front gegenüber den nicht-gebildeten Laien die Dunkelheit und schwere Verständlichkeit ihrer Texte als Distinktions-Merkmal pflegten und kultivierten. Es ist besonders bedauerlich und betrüblich, dass diese Art von gelehrter Schwurbelei heutzutage häufig bei Autoren und Autorinnen zu finden ist, die sich eher der Linken zuordnen. Wieso diese Tendenz, sich bis zum Unverständnis abzusetzen vom einfachen Volk, für das man sonst doch gerne seine Sympathie erklärt?

Wie dem auch sei. Die positiven Rezensionen des Buches von Spang haben mich auf jeden Fall nicht überzeugt davon, dass meine eigenen Einwände nichtig seien, im Gegenteil.

Nun könnte man diese Art von Büchern ja auch einfach ignorieren. Dafür sind sie jedoch zu zahlreich und verstopfen damit die Kanäle des wissenschaftlichen Arbeitens. Diese Art von Büchern stellen eine zweifelhafte Anreicherung der wissenschaftlichen Publikationen dar, mit denen sich künftige Studenten und Studentinnen werden herumschlagen müssen und die sie werden lesen und zitieren müssen, sei es auch ablehnend, um den Anforderungen einer vollständigen Bibliografie zum Thema gerecht zu werden. Arme Studenten und Studentinnen! Welche Zeitverschwendung, die dem wirklichen Verstehen, das an sich schon viel Zeit und Aufwand erfordert, im Wege steht. Wie viele, ohne Erkenntnisgewinn verlorene Zeit!

Paul Huber, Dezember 2023

– John Shovlin: *The Journal of Modern History*, Volume 88, Number 4, S. 945

– Eugene White: *The Journal of Economic History*, Volume 76, Issue 1, March 2016, S. 244

³⁰ Verfasst von Thomas E. Kaiser und Jack R. Censer, beide in Englisch:

– Thomas E. Kaiser: *The American Historical Review*, Vol. 121, No. 1 (Februar 2016), S. 191-194

– Jack R. Censer: *Journal of Social History*, Vol. 49, No. 4 (Sommer 2016), S. 999-1003